

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

1934 - 1945



ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

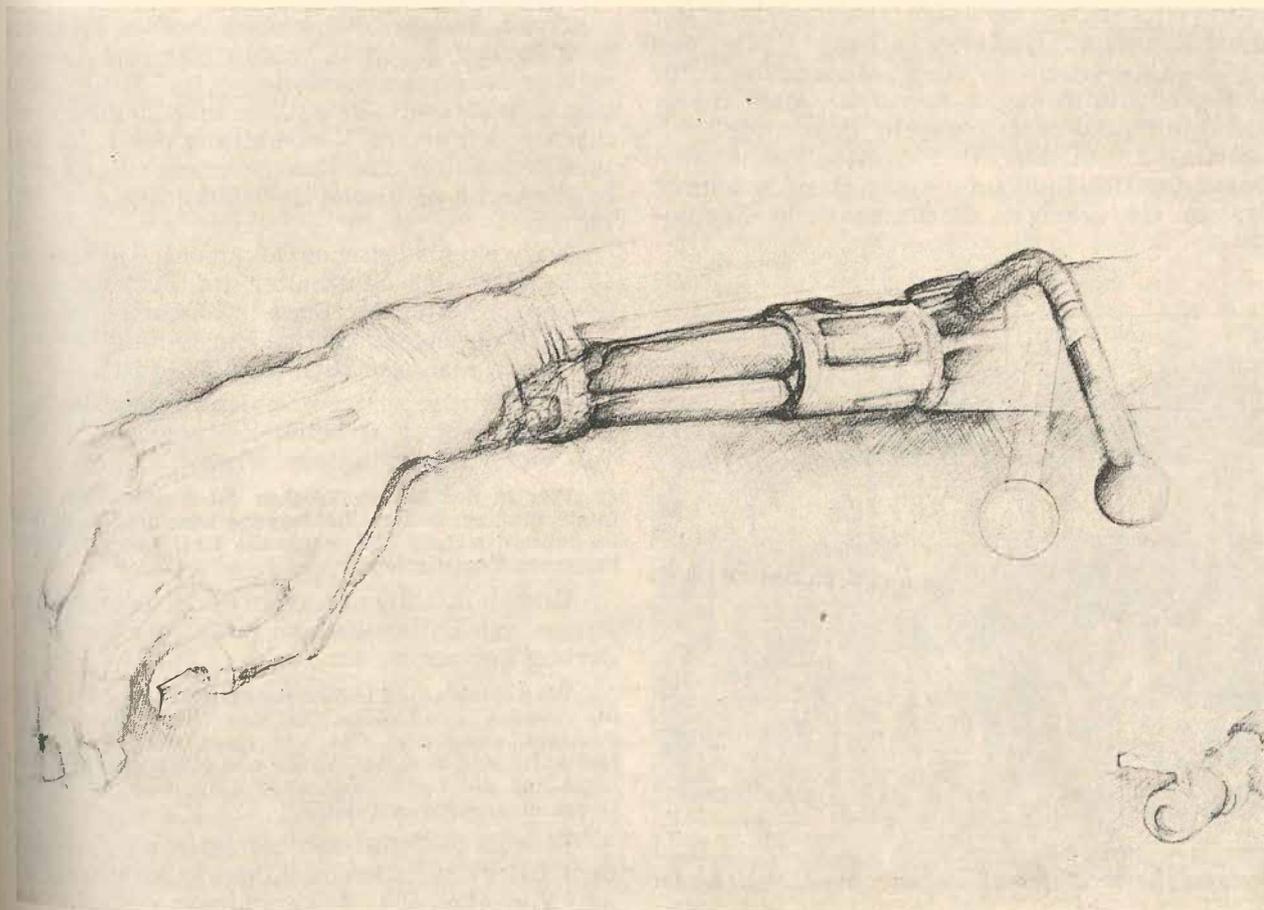


Nummer 4—6

April/Mai/Juni 1976

2 Schilling

Die mißbrauchte Hand



Humanismus darf niemals abdanken!

Der Sinn des 1. Mai

Seit der erste 1. Mai 1890 gefeiert wurde — seit über 80 Jahren also —, ist er für die österreichischen Arbeiter immer einer der schönsten und sinnvollsten Feiertage gewesen.

Was uns den 1. Mai so wertvoll macht, ist vor allem die Tatsache, daß er ein selbstgeschaffener Feiertag ist: ein Feiertag aus eigener Kraft.

Im Kalender steht der 1. Mai schlicht als Staatsfeiertag. In der Mehrzahl der Länder dieser Erde ist er ein Feiertag — und in allen Ländern ein Fest- und Kampftag der Arbeiterschaft. Der 1. Mai ist der Tag der Kundgebungen. Wie kam der 1. Mai zu dieser besonderen Bedeutung?

Am 1. Mai 1886 traten nach zweijähriger Vorbereitung hunderttausende amerikanische Arbeiter, vor allem in New York und Chicago, für die Einführung des Achtstundentags in den Streik. Warum die AFL (American Federation of Labour) damals gerade den 1. Mai für diese Aktion gewählt hatte, läßt sich heute nur noch vermuten: Der 1. Mai war in den USA jener Tag, an dem die Wohnungsmietverträge erneuert wurden. Viele Arbeiter übersiedelten an diesem Tag und wechselten damit auch den Arbeitsplatz. Mit der Streikaktion wollte man erreichen, daß in die neuen Arbeitsverträge bereits der Achtstundentag aufgenommen werde.

Der Streik blieb erfolglos, fand aber ein weltweites Echo. Im Jahre 1888 beschloß der amerikanische Gewerkschaftstag, für den 1. Mai 1890 erneut zu einem Generalstreik für den Achtstundentag aufzurufen. Auch dieser Beschluß fand internationale Beachtung.

Am 14. Juli 1889, als Paris den hundertsten Jahrestag der Erstürmung der Bastille feierte, trat im Gedenken an die Französische Revolu-

tion in Paris der Gründungskongreß der Zweiten Arbeiterinternationale zusammen, 400 Delegierte der sozialistischen Parteien von 23 Ländern waren zugegen.

In der Schlußsitzung des Kongresses am 20. Juli 1889 brachte der französische Delegierte Raymond Lavigne aus Bordeaux im Namen des „Nationalverbandes der französischen Syndikatskammern und Fachgewerkschaften“ folgenden Antrag ein:

1. Es ist für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren, und zwar dergestalt, daß gleichzeitig in allen Ländern und in allen Städten an einem bestimmten Tage die Arbeiter an die Behörden die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris durchzuführen.

2. In Anbetracht der Tatsache, daß eine solche Kundgebung bereits von dem amerikanischen Arbeiterbund auf seinem im Dezember 1888 zu St. Louis abgehaltenen Kongreß für den 1. Mai 1890 beschlossen worden ist, wird dieser Zeitpunkt als Tag der internationalen Kundgebung angenommen.

3. In jedem Lande sollen die Arbeiter die Kundgebung in der Weise veranstalten, welche die Gesetze und Verhältnisse ihres Landes ermöglichen.

Zu den wärmsten Befürwortern des Antrags zählte der Sprecher der österreichischen Delegation, Doktor Victor Adler. Schließlich wurde der Antrag mit großer Mehrheit angenommen; nur die Vertreter Rußlands und Belgiens stimmten dagegen.

Am 1. Jänner 1889, nur ein halbes Jahr vor dem Pariser Kongreß, war in Hainfeld die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs gegründet worden. Die junge und kleine Partei machte sich an die Vorbereitung des 1. Mai — und löste damit eine Reaktion aus, wie sie eine so schwache politische Bewegung kaum erhofft hatte.

Dazu ein historisches Dokument: Am 4. April 1890 teilte der Statthalter im Erzherzogtum Österreich unter der Enns in einem Erlaß mit, „... daß die eigenmächtige Einstellung der Arbeit am 1. Mai gesetzlich unzulässig ist“.

Eine Woche später erschien in dem damaligen Wochenblatt „Arbeiter-Zeitung“ ein Artikel von Victor Adler, in dem es heißt:

„Wer in den letzten Wochen die Tagespresse verfolgte, muß zur festen Überzeugung kommen, am 1. Mai im Jahre des Heils 1890 werde die Welt ganz bestimmt aus ihren Fugen gehen.“

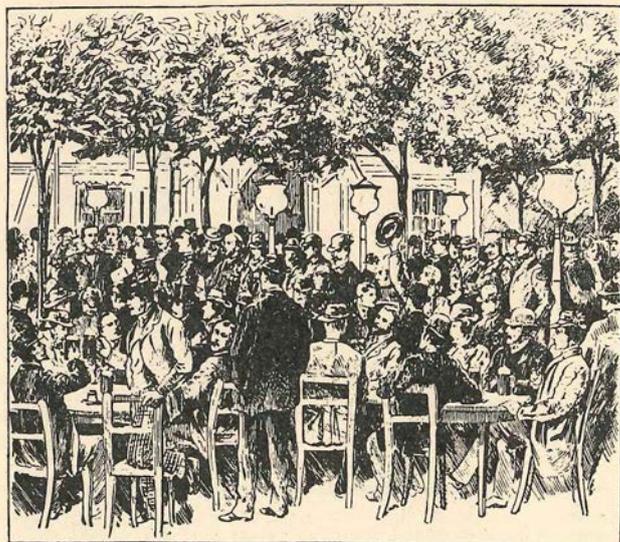
Und am 1. Mai erschien in der „Neuen Freien Presse“ ein Leitartikel, der mit folgender Schilderung beginnt:

„Die Soldaten sind in Bereitschaft, die Tore der Häuser werden geschlossen, in den Wohnungen wird Proviant vorbereitet wie vor einer Belagerung, die Geschäfte sind verödet, Frauen und Kinder wagen sich nicht auf die Gasse, auf allen Gemütern lastet der Druck einer schweren Sorge.“

Überall in Österreich befolgten die Arbeiter den Aufruf zum Streik. Allein in Wien fanden am Vormittag 60 Versammlungen statt, von

Der erste Mai in Wien.

(Die Arbeiter im Prater.)



Lueger: „Lauter Lumpen!“ Arbeiter am 1. Mai 1890 im Prater

denen aus die Teilnehmer, weit über hunderttausend, in den Prater zogen. Es war eine friedliche Demonstration, ohne ernstere Zwischenfälle. Und Friedrich Engels schrieb in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 23. Mai 1890: „Feind und Freund sind einig darüber, daß auf dem ganzen Festland Österreich, und in Österreich Wien, den Festtag des Proletariats am glänzendsten und würdigsten begangen hat.“

In vielen Ländern, auch in Österreich, wurde beschlossen, den Streik am 1. Mai 1891 zu wiederholen. Und am zweiten Internationalen Arbeiterkongreß im August 1891 wurde die alljährliche Wiederholung dieser Aktion beschlossen.

Es gab noch viele Diskussionen darum, auch innerhalb der Arbeiterbewegung. Denn noch am 5. Oktober 1904 sagte Wiens Bürgermeister Dr. Karl Lueger in öffentlicher Landtagssitzung (!), daß „die Leute, die am 1. Mai in den Prater wandern, lauter Lumpen sind“.

Im Jahr 1918, nach der Gründung der Ersten Republik, wurden wesentliche Ziele der 1.-Maidemonstrationen realisiert: Achtstundentag und Arbeiterurlaub, Arbeitslosenversicherung und Betriebsrätegesetz, Frauen- und Jugendschutz. Und am 25. April 1919 beschloß der Nationalrat ein Gesetz, in dem „der 1. Mai eines jeden Jahres zum allgemeinen Ruhe- und Festtag erhoben“ wurde.

Lernen am Beispiel der Älteren

Auf dem Parteitag 1976 hielt unser Genosse K. Peter Lhotzky vom Antifaschistischen Jugendkontaktkomitee unseres Bundes eine Rede, die wir auszugsweise veröffentlichten. Daß es gerade ein junger Genosse war, der den weiten Bogen vom historischen Sozialistenprozeß 1936 bis zum Parteitag 1976 spannte, zeichnet diesen Diskussionsbeitrag besonders aus.

Gerade am diesjährigen Parteitag sollten wir uns an zwei Jahrestage erinnern, die, so glaube ich, in unmittelbarem Zusammenhang mit unseren Beratungen stehen.

Der eine Tag wäre der 16. März: Denn vor genau 40 Jahren begann im Wiener Landesgericht der große Sozialistenprozeß. Das andere Datum ist der 17. Juli: In der Nacht vom 17. zum 18. Juli 1936 unternahmen faschistische Generale einen Putsch gegen die spanische Republik, gegen die rechtmäßig gewählte Regierung.

Der Sozialistenprozeß ist heute, so sollte man meinen, zwar nur mehr von historischer Bedeutung, während der Faschismus in Spanien, wenn auch in gemilderter Form, heute noch immer eine Realität ist.

Warum gerade diese beiden Daten von mir erwähnt werden, die scheinbar vom eigentlichen Thema weg führen, aber trotz alledem dazugehören, wird aus meinen Ausführungen ganz klar zu entnehmen sein.

Ich möchte nun auf den „Sozialistenprozeß“ zurückkommen. Ich bin mir schon darüber klar, daß es verhältnismäßig leicht ist, „Tatsachen“ mit aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten zu beweisen. Aber ich will doch versuchen, die historische Wahrheit zu ergründen. Genosse Kreisky sagte damals vor dem Gerichtshof:

„...Ich habe schon gesagt, daß ich nach wie vor Sozialist bin. Weder die Taten der Regierung noch die aufmerksamste Lektüre nichtsozialistischer und antimarxistischer Werke — wozu ich während meiner Haft ausgiebig Gelegenheit hatte — ließ mir eine andere Lösung als die des Sozialismus als möglich erscheinen. Ich halte weiterhin den Klassenkampf für das einzige Mittel der Befreiung der Arbeiterschaft. Man erzählt

Dem rasch wachsenden Einfluß der Sozialisten gelang es, den 1. Mai in fast allen Ländern zu einem Staatsfeiertag zu machen. Und seit dem Jahr 1955 ist der 1. Mai auch ein Feiertag der katholischen Kirche, die ihn als Fest des heiligen Josef, des Arbeiters, feiert. So hat die sozialistische Idee des 1. Mai auch die Welt erobert. Die Arbeitsruhe am 1. Mai beweist aber auch etwas anderes: Wenn die Arbeiter nicht die fleißigen Hände regen, so steht das ganze Wirtschaftsgetriebe still. Die arbeitenden Menschen werden sich durch die Arbeitsruhe am 1. Mai der Bedeutung und der Würde ihrer Arbeit bewußt. Und wer aus der Vergangenheit Lehren zieht, kann ermessen, welches Gefühl der Freude und des Stolzes die arbeitenden Menschen bei den Maifeiern erfüllt.

Was aber heutzutage in den Maifeiern besonders lebendig wird, das ist die Idee der internationalen Verbundenheit aller arbeitenden Menschen, ist die Idee der Völkerverbundenheit und des Friedens. Gerade in Zeiten der Unruhe, des Krieges, der Unterdrückung und der drohenden Atombombe ist der 1. Mai ein eindringliches, weithin sichtbares Zeichen, daß Millionen Menschen in allen Ländern der Erde ihre Stimmen erheben können, um ein leidenschaftliches Bekenntnis für die Schaffung einer friedlichen und glücklichen Welt für alle abzulegen.

heute, daß in Österreich der Klassenkampf abgeschafft ist, und... in der Anklageschrift wird uns vorgeworfen, daß wir den Klassenkampf mit revolutionären Mitteln führen wollen, also für die Revolution sind. Auch das zu leugnen fällt mir nicht ein; nur ist es ganz falsch, zu behaupten, die Revolution könne nur Bürgerkrieg und blutige Gewalt bedeuten.

Gewiß sagt Marx, daß die Gewalt die Geburtshelferin einer neuen Gesellschaft ist; aber er sagt auch: ‚Die Idee wird zur Gewalt, wenn sie die Massen ergreift.‘ Indem unsere Idee immer größere Teile des Volkes für sich gewinnt, erlangen wir die Mehrheit und dadurch die Macht. Wir haben jedoch in unserem Lande nicht die Möglichkeit, unsere Idee zu vertreten — und ihre Bekenner wandern in den Kerker...“

Hier, in diesen Worten steckt sehr viel Wahrheit. Wenn wir uns die vielen Anträge und Resolutionen ansehen, die dem Parteitag zur Beschlußfassung vorliegen, dann können wir in verschiedenen Formulierungen den Grundtenor jener Aussage Kreiskys wiederfinden.

Wir haben heute in unserem Lande jede Möglichkeit, sozialistisches Gedankengut zu verbreiten; und wir haben auch die Möglichkeit, alle Bevölkerungsschichten mit den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus zu konfrontieren. Nützen wir diese Möglichkeit aber wirklich immer aus? Ich sage, darauf gibt es nur eine klare Antwort: Nein, wir tun es nicht!

Wie viele unserer 70.000 Vertrauenspersonen kennen denn tatsächlich unser Programm? Wie viele unserer mehr als 700.000 Mitglieder haben es wirklich gelesen? Wie viele unserer Mitarbeiter, Mitglieder und Sympathisanten kennen schon die Geschichte unserer Bewegung? Wir sind — und hier möchte ich Worte Otto Bauers abwandeln — doch kein geschichtsloser Teil der Nation, sondern vielmehr jener Teil der Nation, der eine heroische Vergangenheit und noch immer eine ganze Welt zu gewinnen hat!

Nun zum zweiten Punkt, dem 40. Jahrestag der faschistischen Erhebung in Spanien. Jetzt, wo wir alle hoffen, daß es den spanischen Klassengenossen gelingen möge, das Joch der Diktatur endlich abzuschütteln, hat das Wort der internationalen Solidarität nicht nur Lesebuchcharakter zu haben. Und es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade am 12. Februar 1976 der Spanien-Portugal-Solidaritätsfonds ins Leben gerufen wurde! Doch glaube ich, daß materielle Hilfe allein sehr wenig Sinn hätte, wenn sie nicht gleichzeitig mit einer Aufklärungskampagne verbunden wird, die den Genossinnen und Genossen die Hintergründe, die Beweggründe und die Wahrheit über Spanien aufzeigt. Ähnlich verhält es sich mit den Vorgängen in Chile, in Uruguay und nicht zuletzt mit gewissen Vorgängen in Österreich, die allzusehr an die traurigsten Ereignisse der Ersten Republik erinnern.

Ich meine hier die neofaschistischen Aktivitäten, die Schießübungen im Raume Wien oder die Nahkampfausbildung in Verbindung mit der neofaschistischen MSI in der Steiermark. Man denke nur an das (im Vorjahr zum Glück verhinderte) Treffen von Jungfaschisten in Vorarlberg oder an die in wenigen Wochen in Graz stattfindende Provokation des sogenannten „Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes“, welches am 22. Mai 1976 unter dem Titel „Tausendjahrfeier Deutsche Ostmark 976—1976“ (!) stattfinden sollte. Die Aussendung strotzt von großdeutschen und antiösterreichischen Phrasen.

Diese Gruppe, die übrigens den braun gefärbten „Steirischen Frühling“ inszeniert, ist auch am Kessel-

treiben gegen den „Steirischen Herbst“ führend beteiligt. Und mit einem Flugblatt des Aktionskomitees gegen den „Steirischen Herbst“ müßte sich eigentlich die Staatsanwaltschaft längst befassen! Denn das Impressum enthält folgende Wortlaut:

Nach dem OP verantwortlich: Ernst Gugl, ehem. SS-Frontberichterstatler, Reichsgau Steiermark, A-8700 Leoben, Anzengruberstraße 20, Deutsch-Österreich. Tel. 0 38 42/63 03.

Warum ich gerade darauf aufmerksam mache, hängt vor allem damit zusammen, daß es sich trotz aller gegenteiligen Versicherungen in Wahrheit nicht erübrigt, immer wieder von neuem auf die latent vorhandenen faschistischen und neofaschistischen Umtriebe hinzuweisen, und immer wieder zu mahnen, wachsam zu sein und den Anfängen zu wehren!

Hier auf dem Parteitag besteht aber auch die Möglichkeit, einmal mehr auf alle diese antidemokratischen Umtriebe hinzuweisen, was mir sehr wichtig ist, weil dies — so scheint es zumindest — in der AZ nicht möglich ist. Ich habe hier mehrere Kopien von Briefen an die Redaktion der AZ, die entweder überhaupt nicht oder bestenfalls gekürzt und dadurch völlig sinnentstellt veröffentlicht wurden. Wir hatten einmal schon bei einer Bundeskonferenz der sozialistischen Freiheitskämpfer diesbezüglich mit dem Genossen Scheuch gesprochen — aber das Ergebnis war gleich Null. Dagegen bekommen bekannte Neonazis, wie zum Beispiel Gustav E. Janischitz (Herausgeber des „Neuen Wort“) oder der Naziprofessor Ernst Gams, immer wieder Raum auf der Leserbriefseite der AZ!

Wenn wir auch in verschiedenen Reden und Referaten immer wieder auf die große Tradition der österreichischen Sozialdemokratie zu sprechen kommen, so bin ich doch der Ansicht, daß die Tradition weder ein starrer Kanon, ein Klischee oder ein offizielles Handbuch ist, das sich auswendig lernen läßt, das wir verpflichtet sind, wie ein Evangelium kritiklos anzunehmen. Denn nicht alles, was uns die ältere Generation sagt, kann und darf ihr bloß auf Ehrenwort geglaubt werden. Im Gegenteil: Die so wertvolle Tradition muß sozusagen durch eine innere Bemühung erobert werden! Man muß sie sich auf kritische Weise selbst erarbeiten und aneignen, sonst würde das ganze Gebäude auf Sand errichtet sein. Dazu kann man nur sagen: „Lerne, indem du dir ein Beispiel an den Älteren nimmst!“ Denn es ist unbestreitbar, daß unsere älteren Genossinnen und Genossen der Partei unsterbliche Dienste erwiesen haben und dadurch in den Augen der bewußten jungen Sozialisten eine sehr große Autorität genießen: Und das ist ausgezeichnet, weil dies eine unauflösliche Verbindung zwischen den Generationen gewährleistet! Aber das kann nur unter einer Bedingung gelten: Daß die Autorität der Alten nicht die Persönlichkeit der Jungen auslöscht und sie vielleicht unter Umständen veranlaßt oder zwingt, die Meinung der Alten als das Nonplus-ultra anzunehmen. Jemand, der nur darauf abgerichtet (dressiert) ist, immer und jederzeit zu sagen: „Jawohl, mein Herr“, der ist ein Niemand! Von solchen Leuten hat der Satiriker M. E. Saltykow einmal gesagt, daß sie einen mit ihrem Jasagen nur ins Unglück jagen!

Und darum bin ich überzeugt: Wenn wir den Menschen in unserem Land immer wieder klarmachen, was wir Sozialisten wollen; wenn wir ihnen den Sozialismus nicht von unseren politischen Gegnern erklären lassen, sondern wenn wir ihnen selbst zeigen und sagen, was in den Lehren Karl Marx' und Friedrich Engels' steht; wenn wir ihnen klar zu Bewußtsein bringen können, was Otto Bauer und Max Adler meinten, als sie sagten, daß beim wissenschaftlichen Sozialismus im Mittelpunkt von allem der Mensch — und nur der Mensch — steht, dann werden all die Angstparolen der Konservativen und Reaktionäre an der besseren Einsicht der Lohn- und Gehaltsabhängigen abprallen. Ich bin davon überzeugt, daß der Sozialismus kommen wird! Aber er kann nur dann verwirklicht werden, wenn die arbeitenden Menschen ihn wollen und ihn auch verstehen.

Denn man kann niemanden dazu zwingen, etwas einfach anzunehmen; man kann ihn nur dazu erziehen, ihn von einer Sache überzeugen und ihn schließlich als Kampfgefährten gewinnen!

KAMPFBUND DEUTSCHER SOLDATEN



وَأَيُّهَا الأسياب الأثماني بركته - ان يكون قُتورا بأبائه طراداه
 فأنهم لم يكونوا قتلة او مجرمين ان أي ان حاول تقصي
 الحقائق لا يدبر إلا ان يكون قد فرخ نتيجة واحدة هي:
 * لم يحدث ان افرق يهودي واحد في معسكرات الاعتقالات
 الألمانية «وان خبر بامر هذه المعتقلات يحاد ان يقول
 العكس - بود مرر ثنتين سنين - فلما ان يكون غيبا اذنه
 . جرم لكم .
 فبي: فانه اجمي ما الحقيقة وعليه ان يؤزم اكدت .
 بمرم لكم . فانه يعرف الحقيقة و يحاد ان تزي بيها ليدفع
 الشعب الألماني بالبريئة و ليدفع هذا الشعب لتقبل تغير
 ولا يتنازل ان الأيدي و لكي يدفع هذا الشعب و يدفع
 و يدفع

Verantwortlich f.d.Inhalt:

Erwin Schönborn
 1. Vorsitzender
 6 Frankfurt 56
 Talsiraffe 45

Im Januar 1976

Postcheckkonto
 PSA Frankfurt 206988-606
 Frankfurter Volksbank
 Konto 77/64535

Auch die deutsche Jugend kann stolz sein auf ihr Volk, denn

wer sich mit KZ-Fragen beschäftigt und heute noch - 30 Jahre nach dem Krieg - behauptet, daß auch nur ein einziger Jude in einem deutschen KZ vergast wurde, ist

entweder ein Dummkopf oder ein Verbrecher.

Entweder er kennt die Fakten nicht, dann hat er zu schweigen, oder aber er kennt die Tatsachen, dann ist er eben ein Verbrecher, der die Greueltaten verbreitet, um das deutsche Volk zu diffamieren und es reif zu erhalten für Erpressungen bis in alle Ewigkeit.

Anche la gioventù tedesca può essere orgogliosa del proprio popolo!

Chi infatti si occupa della questione dei campi di concentramento ed ancora oggi - a 30 anni dalla fine della guerra - osa sostenere che anche un solo ebreo fu gassato in un campo di concentramento, è

o un idiota o un delinquente.

Costui o non conosce i fatti, e allora deve tacere, o li conosce, e allora è un delinquente, che diffonde la menzogna dei cosiddetti "orrori nazisti" al solo scopo di diffamare il popolo tedesco e farlo ricattare fino alla fine dei secoli.

La jeunesse allemande peut également être fière de son peuple, car

celui qui s'occupe de questions relatives aux camps de concentration allemands et prétend aujourd'hui encore - 30 ans après la fin de la guerre - que des juifs - et ne serait-ce qu'un seul juif - auraient trouvé la mort dans une chambre à gaz allemande est

ou un idiot ou encore un criminel.

Ou bien ne connaît-il pas les faits dans toute leur vérité et, dans ce cas, il doit se taire ou encore il connaît la vérité et il est un criminel répandant sciemment des mensonges destinés à diffamer le peuple allemand afin de l'exposer à tous les chantages d'avenir comme présents.

Das neue Parteiprogramm

Bereits im kommenden Jahr wird ein außerordentlicher Parteitag stattfinden, der sich mit einem ersten Entwurf für ein neues Parteiprogramm der SPÖ beschäftigen soll; das kündigte Genosse Bruno Kreisky am Mittwoch, dem 7. April 1976 in Graz bei einem Vortrag vor dem Katholischen Bildungswerk im Rahmen der Vortragsreihe an, die sich „Leitbilder der politischen Parteien“ nennt.

Am grundsätzlichen Teil des geltenden Parteiprogrammes soll sich nicht sehr viel ändern: Das Bemerkenswerteste und wesentlich Neue am Parteiprogramm 1958 war damals die Feststellung der Gleichheit jedes sozialistischen Bekenntnisses — gleichviel ob es aus marxistischen oder anders begründeten sozialen Analysen beziehungsweise aus religiösen oder humanitären Grundsätzen abgeleitet wird. Dazu komme die mutige Feststellung, sagte Genosse Kreisky, daß demokratischer Sozialismus keine Weltanschauung sein und sich auch nicht dort-

hin drängen will, wo die Religion ihren Platz hat. Es hat auch noch niemand überzeugend klargemacht, warum wir nicht mehr für die klassenlose Gesellschaft sein sollten, auch wenn sie schwer zu verwirklichen sei und man sich ihr nur asymptotisch annähern könne.

Im operativen Teil des Programmes von 1958, der seit sechs Jahren verwirklicht werden solle und zum Teil auch verwirklicht wird, gibt es aber Dinge, die die Partei zum Teil nicht verwirklichen könne, zum Teil aber auch nicht verwirklichen wolle, weil sie nicht für richtig gehalten werden; andererseits sind wichtige Fragen, wie der Umweltschutz, ausgelassen.

Für den außerordentlichen Parteitag im kommenden Jahr soll daher von sehr vielen klugen Leuten aus dem In- und Ausland, die nicht unbedingt alle Sozialdemokraten sein müssen, ein Problemkatalog erstellt werden, der dann ausführlich diskutiert werden wird.

Die Diskussion intensivieren

Beginnen wir gleich mit der Diskussion über die auf dem Parteitag 1976 beschlossene Parteireform. Sie ist schon längst begonnen worden; unsere Genossinnen und Genossen, schon immer als kritische und unbequeme, aber grundsatztreue Diskutierer bekannt, haben sich schon seit Jahresfrist eingehend mit all den Problemkreisen beschäftigt, die beim außerordentlichen Parteitag 1975 in der Form von Berichten der seinerzeit eingesetzten sieben Arbeitsgemeinschaften zur Sprache gekommen sind.* Und sie werden sich jetzt, nach dem Parteitag 1976, noch häufiger zu Wort melden.

Denn die Parteireform stellt derzeit die größte geistige Auseinandersetzung dar, die es in unserer Sozialistischen Partei seit dem Jahre 1945 gegeben hat. Ob diese geistige Auseinandersetzung allerdings wirklich zu einer Stärkung der Partei führt, wird nämlich davon abhängen, ob der nicht wegdiskutierbare kausale Zusammenhang zwischen einer Reform der Organisation und der sozialistischen Ideologie richtig erkannt, richtig interpretiert und dementsprechend auch eingeschätzt wird.

Ein nicht minder wichtiges Problem stellt die Anhäufung der verschiedensten Ämter und Funktionen dar, die so manchem Funktionär unserer Bewegung eine echte Ausfüllung auch nur einer Aufgabe sehr erschweren, meist aber ganz unmöglich machen. Selbst wenn berücksichtigt wird, daß diese unliebsame und ungesunde Entwicklung mit dem großen Aufstieg der

sozialistischen Bewegung und den damit entstandenen vielfältigen Verwaltungsaufgaben zusammenhängt, so muß doch festgestellt werden, daß eine der wesentlichen Ursachen dafür in dem Mangel an sozialistischem Bewußtsein dieser überforderten Funktionäre zu suchen ist. Diese Anhäufung (Kumulierung) von Ämtern, Funktionen und Pöstchen konnte nur aus dem Grund heraus entstehen, daß allzuviel bürgerliches Gedankengut in die eigenen Reihen eingedrungen ist!

Was die sozialistischen Freiheitskämpfer zu dem Begriff der „offenen Partei“ zu sagen haben, ist schon auf dem Parteitag selbst durch eine Resolution** klar zum Ausdruck gekommen. Wenn die Freiheitswerte des Liberalismus, von dem jetzt gelegentlich so viel geredet wird, übernommen und zugleich mit sozialistischem Inhalt erfüllt werden, dann kann die „offene Partei“ vielleicht tatsächlich eine Heimstatt und eine Kampfgemeinschaft für alle arbeitenden Menschen unseres Landes werden — und sie ist darum zu bejahen.

Aber es wird eben darauf ankommen — und darauf müssen die sozialistischen Freiheitskämpfer besonders achten —, daß die sozialistische Bildungsarbeit tatsächlich die Vermittlung sozialistischer Ideen in allgemeinfäßlicher offener Sprache bedeutet und nicht einen verwässerten Aufguß von vielleicht praktisch sonst recht nützlichen, theoretisierenden

(Fortsetzung auf Seite 6)

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1—3, Jänner/Februar/März 1976, Seite 8.

** Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1—3, Jänner/Februar/März 1976, Seite 10.

Fünf Jahrzehnte in der falschen Partei?

„Die Dorfbewohner wurden, ohne daß eine Erklärung abgegeben wurde, in Partien von etwa sechs Personen zur Grube getrieben und gezwungen, sich mit dem Gesicht zum Grubenrand niederzuknien. Dann wurden sie jeweils auf Kommando des Angeklagten von einer gleichen Anzahl von Schützen seines Zuges aus etwa zwei Meter Entfernung mit Karabinern in den Hinterkopf geschossen. Soweit die Opfer nicht gleich tot waren, schoß der Angeklagte mit der Maschinenpistole nach. Zeigten nach der Schußabgabe mehrere Personen noch Lebenszeichen, schossen der Angeklagte und die Schützen so lange in die Grube, bis sich nichts mehr rührte. Die Kleinkinder mußten von ihren Müttern den ... Schützen so hingehalten werden, daß sie ebenfalls in den Kopf geschossen werden konnten.“

Diese Sätze stammen aus der Begründung des Urteils des Landgerichtes Traunstein (Bayern) vom 13. März 1974 gegen Johann Enzenberger, Oberscharführer in der 1. SS-Infanterie-Brigade (mot), die das Unternehmen „Sumpffieber“ in Weißruthenien im Herbst 1942 „zur Säuberung des hinteren Heeresgebietes von Freischärlern“ durchgeführt hat. Die 1. Infanterie-Brigade (mot), deren Tätigkeit in der Begründung des Urteils — (einer Freiheitsstrafe von vier Jahren Dauer) — beschrieben wird, ist genau jene Einheit, der auch der Friedrich Peter angehört hat.

Das Urteil ist seit dem 10. Juni 1975 rechtskräftig und ebenso wie seine Begründung allgemein zugänglich. Wäre es nicht selbstverständlich gewesen, sofort nach dem Bekanntwerden von Peters Zugehörigkeit zu dieser Truppe von ihm einen möglichst schnellen und überzeugenden Nachweis seiner Nichtbeteiligung an den geschilderten Verbrechen zu verlangen, statt sich um seine Verteidigung zu bemühen?

Gewiß, im Zweifel entscheiden die Gerichte für den Angeklagten. Manchmal — wie zuletzt im Fall Gogl — entscheiden sie sogar noch für ihn. Das haben wir von österreichischen Geschworenengerichten in Kriegsverbrecherprozessen leider schon öfter erlebt.

(Fortsetzung von Seite 5)

den Problemanalysen in einem weitestgehend unverständlichen Soziologen-Chinesisch ...

Dieser Standpunkt ist auch im Antrag der sozialistischen Freiheitskämpfer an den Parteitag 1976 wieder ganz klar ausgedrückt worden. Dort heißt es unter anderem:

Die Bildungsarbeit der Partei soll vor allem sozialistisches Gedankengut vermitteln. Ihre Aufgabe ist es, bewußte grundsatztreue Sozialisten zu erziehen.

Einen breiten Raum in den von den Bildungseinrichtungen der Partei und des Dr.-Karl-Renner-Institutes veranstalteten Lehrgängen sollen zeitgeschichtliche Themen einnehmen. Die Zeit des Faschismus darf nicht verdrängt werden, sondern bedarf der gründlichen Analyse. Die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den Gefahren des Neonazismus, des Rassenhasses und insbesondere des Antisemitismus in der Gegenwart wird besonders betont. Diese Themen sind in eigenen Seminaren zu behandeln.

Auf jeden Fall brauchen wir in unserer Partei ganz allgemein viel mehr Geschichtsbewußtsein! Und daher müssen in unserer

Doch lassen wir alles zunächst einmal juristisch gelten und fragen:

Genügt es, daß einem früheren Angehörigen einer solchen Mördertruppe, wie es die 1. SS-Infanterie-Brigade gerichtsnotorisch gewesen ist, die Beteiligung an ihren Schandtaten jetzt, dreißig Jahre später, vielleicht nicht mehr nachgewiesen werden kann, um ihm den Weg in die höchsten Ämter der demokratischen Republik Österreich offenzuhalten? Er mag frei und ungeschoren bleiben, solange seine Blutschuld unbewiesen ist; aber müssen wir — dürfen wir! — uns von Leuten regieren lassen, die sich nicht vollständig von diesem schrecklichen Verdacht zu reinigen vermögen?

Wir alle wissen doch, daß das Konzept der SPÖ-FPÖ-Koalition seit langem bestanden hat und daß es im Fall eines weniger günstigen Wahlausganges wahrscheinlich auch verwirklicht worden wäre. Dann hätten wir heute einen Minister Friedrich Peter!

Vom Vorsitzenden und vom geschäftsführenden Klubobmann unserer Partei werden Peter erstklassige (Leumunds-)Zeugnisse des Gesinnungswandels ausgestellt; das kann schon stimmen. Aber genügt der Gesinnungswandel, wenn Verdachtsgründe bleiben? Würden wir nicht jeden anderen, der nur eines ganz gewöhnlichen Mordes verdächtig ist, auch noch nach 30 Jahren auffordern, schleunigst seine Unschuld zu beweisen, falls er sich um ein öffentliches Amt bewirbt?

Trotzdem blieb die Partei (wenn wir von einigen wenigen Ausnahmen absehen) im Falle Peter stumm. Stumm blieben vor allem der Parteivorstand, stumm der Parlamentsklub, stumm die Landesparteien.

Aber es kommt noch mehr: Von unserem Parteivorstand wurde Simon Wiesenthal heftig attackiert, und ihm müsse endlich das Handwerk gelegt werden; er übe eine Privatjustiz aus! Mit Mafia- (also verbrecherischen) Methoden. Und für jeden, der die Erklärungen des Genossen Bruno Kreisky hörte oder las, war es unmißverständlich klar, daß er Wiesenthal zumindest guter Beziehungen zur Gestapo beschuldigte, obwohl dessen KZ-Vergangenheit bekannt war. Ja, welches Handwerk sollte eigentlich Wiesenthal gelegt werden?

Bildungsarbeit vor allem zeitgeschichtliche Themen vorrangig behandelt werden: die Zeit von 1925 bis 1945. Gerade die sozialistischen Freiheitskämpfer waren es, die immer wieder darauf hingewiesen haben, daß es ein geradezu sträflicher Unfug gewesen ist, wenn der Geschichtsunterricht in unseren Schulen mit dem Jahr 1914 oder dem Ersten Weltkrieg zu Ende war und unsere Jugend in der Schule über die letzten 40 Jahre Geschichte praktisch überhaupt nichts gelernt hat.*

Und so wird auch wieder bei der jetzt in Permanenz zu führenden Diskussion über die Parteireform, aber auch über ein neues Parteiprogramm — erst recht wahr bleiben müssen, was Genosse Josef Hindels im Namen der sozialistischen Freiheitskämpfer auf dem Parteitag 1976 als These aufgestellt hat:

Was wir brauchen, sind grundsatztreue, kritische und unbequeme Sozialisten, die Partei und Regierung immer wieder daran erinnern, daß wir trotz aller Erfolge von unserem Ziel einer Gesellschaft des Sozialismus noch weit entfernt sind.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Sondernummer, Juni 1971, Seite 26.

Das Aufspüren versteckter Kriegsverbrecher? Das Sammeln von Beweismaterial und dessen Übergabe an die Behörden?

Wenn das Privatjustiz wäre, füllte sie ja eine wichtige Lücke. Doch das ist es nicht: Es fehlen das Verhaften, Anklagen, Verhandeln, Verurteilen — oder auch Freisprechen, diese sehr wesentlichen Aufgaben von Polizei und Justiz.

Auch die weiteren Ereignisse sind noch bekannt: Wiesenthal klagt wegen Ehrenbeleidigung, Genosse Kreisky brennt auf den Prozeß, will seine Auslieferung durchsetzen oder auf sein Mandat verzichten, nur um Wiesenthal vor Gericht zu bekommen; besinnt sich eines anderen und schlägt an Stelle eines Gerichtsverfahrens einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß vor (durch den der Beleidigte in die Rolle des Beschuldigten, der Beleidiger in die Rolle des Anklägers geraten würde). Aber Wiesenthal zieht seine Klage zurück, und Genosse Kreisky betrachtet die Sache für ihn als erledigt.

Wieso?

Waren die Beschuldigungen der Privatjustiz mit Mafia-Methoden und der guten Beziehungen zur Gestapo ernst gemeint, dann müßten sie bewiesen oder — falls dies nicht möglich ist — öffentlich zurückgenommen werden. Alles andere wäre doch Rufmord, begangen vom Bundeskanzler an einem trotz aller vielzitierten „Beziehungen“ vergleichsweise doch wehrlosen Staatsbürger. Wiesenthal sagt, er habe seine Klage unter Druck zurückgezogen. Selbst österreichische Juden haben sich in dieser Frage gegen Wiesenthal gestellt, weil sie fürchteten, daß ein Prozeß Kreisky—Wiesenthal den latenten und akuten Antisemitismus in Österreich neuerlich aufflammen lassen könnte. Heute noch haben die wenigen Juden, die dem Inferno des Hitler-Regimes lebend entronnen sind, Angst vor der Bestie des Rassenhasses in unserem Lande. Sehen sie vielleicht Gespenster?

Wer Ohren hat, der höre, und er wird feststellen: Der Antisemitismus ist wieder gesellschaftsfähig! Nicht zufällig hat die ÖVP schon vor Jahren in ihrer Wahlwerbung unterschwellig und in bestellten „Entgleisungen“ sogar auch offen damit operiert. Nicht zufällig werden Bekenntnisse zu einer mehr oder minder ruhmreichen Nazi-Vergangenheit auch von hohen Funktionären unserer Partei abgelegt: Die Wahlergebnisse allerdings belohnen solche Offenheit.

In diesem Zusammenhang muß es einmal gesagt werden: Die Angst, die heute manche österreichische Juden wieder empfinden, ist die schlimmste Anklage, die damit gegen uns und auch gegen unsere Partei erhoben wird: Wir sind schwerster Versäumnisse schuldig. Diese Versäumnisse reichen bis in die ersten Nachkriegsjahre. Nach Überwindung des ersten Schocks kamen selbst schwer belastete Nazis aus ihren Schlupfwinkeln und wurden zum Teil schnell pardonierte. Manche wurden von beiden Großparteien unworben und zur Mitarbeit eingeladen, sofern es die Besatzungsmächte zuließen. Letztere — vor allem die Amerikaner — gaben mit dem Beginn des kalten Krieges ihre Skrupel weitgehend auf; sahen sie doch in Hitlers ehemaligen Anhängern und Handlangern verlässliche Verbündete gegen den Kommunismus.*

Post mortem wurde auf diese Art der Nationalsozialismus als Quasi-Retter des Abendlandes vor dem Bolschewismus moralisch-unmoralisch rehabilitiert! In den Parteien sagte man den „Ehemaligen“, die gar nicht immer nur Ehemalige waren: Ihr könnt bei uns eine neue politische Heimat finden. Und man versäumte es, die Bedingung zu stellen: Zunächst müßt ihr gründlich mit eurer politischen Vergangenheit brechen, euch von Hitlers Schandtaten distanzieren, dem Rassenhaß abschwören, unser Programm und unsere Geschichte studieren, euch aus tiefer Überzeugung zu unseren Ideen bekennen und sie überall offen und ohne Augenzwinkern vertreten.

Heute würde man ausgelacht werden, wollte man so etwas von einem Altnazi und Neusozi oder Neu-

* Andererseits wurden in der DDR hohe Ex-Nazis als brave Söldner ebenfalls wieder in hohe Funktionen von Polizei und Armee berufen.

ÖVPler verlangen — aber damals wäre es möglich gewesen.

Gewiß gab es auch eine Menge grundsätzlich politisch-ideologischer Schulungsarbeit in der Partei, nicht zuletzt in der Sozialistischen Jugend. Aber die schocklose Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit blieb den ehemaligen Nationalsozialisten und deren Mitläufern, die sich bei uns, ebenso wie bei der ÖVP, einfanden, meist erspart. Freilich, besonders in den kleinen Orten gab es oft kaum jemand, der interessiert und dynamisch genug zum Neuaufbau des öffentlichen Lebens gewesen wäre, ohne durch die Nazizeit kompromittiert zu sein. Hatten doch Terror und Gesinnungsdruck in den Dörfern, wo jeder jeden kannte, viel stärkere Wirkung als in den großen Städten und Industriezentren, die ja auch die traditionellen Hochburgen einer klassenbewußten, politisch geschulten Arbeiterschaft waren. So war man oft bereit, beide Augen zuzudrücken, wenn sich nur wer bereit fand, die Arbeit zu tun, die in der Organisation nötig war.

Zudem verzehrte der unerhört harte Alltag alle Energien, mußte um das Notwendigste gerungen werden, machten einem die Besatzungsmächte das Leben sauer, entstand in der Abwehr fremder Willkür und Bevormundung eine österreichische Einheitsfront, in der man fünf gerade sein ließ. Das Versäumnis ist also menschlich verständlich, aber politisch ist es bis zum heutigen Tage verderblich.

Es ist nicht nur die Abrechnung mit den Verbrechen der Vergangenheit in zahllosen Fällen versäumt worden, es sind nicht nur Belastete — vor allem seit der Bildung des VDU im Jahre 1949, der zumindest anfangs einfach eine Partei ehemaliger Nationalsozialisten war — wieder in wichtige Positionen des öffentlichen Lebens aufgerückt. Viel schlimmer noch: Es ist den Kindern in der Schule ein ehrlicher Unterricht in Zeitgeschichte vorenthalten worden, und — das geht unmittelbar auf unser Konto — es ist die systematische Durchdringung der breiten Massen unserer Mitglieder und Wähler mit den Ideen des humanistischen Sozialismus unterblieben. Das immer noch gültige Wiener Programm des Jahres 1958 enthält diese Ideen zwar noch, aber von Wahl zu Wahl wurde unsere Werbung ideologisch farblos — und der einst von uns so verachtete Personenkult unverblümt. Wir beschränkten uns auf technokratisch erarbeitete Rezepte und populäre Tagesforderungen oder inhaltlose Schlagworte, wie „Wien wird wieder Weltstadt“ oder „Für ein modernes Österreich“.

Was kennzeichnet denn eine Weltstadt? Die große Einwohnerzahl? Die hohe Kriminalität? Der Lärm und Gestank? Die Einsamkeit in der Masse? Wollen wir auch die gängigen Weltstadttübel in die Zukunft mitnehmen oder nicht vielmehr Wien davon befreien?

Oder was ist ein modernes Land? Ein Industriestaat, in dem mit Riesenprofiten Umweltzerstörung betrieben wird? In dem die Reichen immer schamloser ihre Privilegien zur Schau tragen? Die breiten Massen mit dem Massenkonsum des Schädlichen — Nikotin, Alkohol, Drogen — vergiftet und mit Massenmedien — Gangster- und Pornofilmen, Fernsehkrimis und Fernsehschnulzen, Boulevardzeitungen, Sex- und Modemagazinen — manipuliert, verblödet und brutalisiert werden? Sind die USA nicht ein supermodernes Land? Wären sie ein Vorbild?

Oder Japan, England oder Frankreich?

Von den Ostblockstaaten reden wir erst gar nicht, weil uns übel wird bei dem Gedanken an ihren grauen Alltag, in dem noch zur Dürftigkeit der unmenschlichste Polizeizwang kommt.

Das Wort „modern“ ist politisch leer. Es gibt auch den „modernen“ Krieg, den „modernen“ kommunistischen Polizeistaat. Eine moderne Wäsche und dazu ein modernes Persil, und, und, und...

Ein sozialistisches Wien, ein sozialistisches Österreich darf in unserer Werbung nicht einmal mehr als Fernziel erwähnt werden, geschweige denn das Ideal der klassenlosen Gesellschaft, obwohl es noch im Programm zu finden ist. Es scheint, die Partei geniert sich manchmal geradezu für das, was sie an sozialistischem Wesen noch an und in sich trägt. Aber das stimmt gar nicht, und man tut ihr unrecht. Nicht die Partei geniert

sich, nicht die große Gemeinschaft der Siebenhunderttausend! Wohl aber viele ihrer führenden Funktionäre. Sie genieren sich, weil sie fürchten, die Wähler könnten sich von zuviel Sozialismus abgestoßen fühlen; weil sie vergessen, daß unsere Versäumnisse der letzten 30 Jahre die Wähler so werden ließen, wie sie heute sind. Weil die immer noch mehr denn je notwendige Auseinandersetzung mit dem Ungeist des Faschismus unterbleibt, während wir uns ununterbrochen vom Kommunismus distanzieren!

Die Eisenstädter Erklärung — das antikommunistische Manifest der SPÖ — ist ein Musterbeispiel dafür: In einer knappen Skizze der historischen Rolle unserer Partei von 1890 bis zur Gegenwart kommt weder der Name Hitler noch das Wort Nationalsozialismus vor! Das Schicksalsjahr 1938, das die Auslöschung unserer staatlichen Existenz brachte, wird nicht erwähnt! Durfte nicht erwähnt werden, weil wir — wie ein hochgestellter Funktionär meinte, „die Menschen zu uns bringen, nicht abstoßen wollen“. Vergeblich haben damals — im Oktober 1969 — einige Genossen gegen diese Geschichtskorrektur durch Weglassen protestiert; die Mehrheit fand die volle historische Wahrheit nicht opportun.

Statt sich selbst an die Spitze von Manifestationen gegen die Schandtaten des weltweiten Faschismus zu stellen, überließen die zuständigen Parteiorgane oft das Feld mehr oder minder prokommunistischen Grüppchen aller Nuancen. Wären die sozialistischen Freiheitskämpfer, die sozialistischen Jugendorganisationen und zum Teil auch die Gewerkschaften und dazu einige sozialistische Funktionäre (wie etwa im Fall des sozialdemokratischen Indochinakomitees) nicht in die Bresche gesprungen, dann hätte es keine SPÖ-Präsenz gegeben: Weder bei der Vietnamdemonstration noch bei den Chilekundgebungen und schon gar nicht bei den Protesten gegen die letzten Hinrichtungen politischer Gefangener in Franco-Spanien. Und Genossen, die an diesen Protesten gegen Spanien teilgenommen hatten, wurden wegen „gemeinsamer Aktionen mit den Kommunisten“ (wegen Verstoßes gegen § 15 b des Statuts und gegen die Eisenstädter Erklärung) heftig getadelt!

Man vergegenwärtige sich einmal: Ein Tadel wegen des Protestes gegen die mörderischen Grausamkeiten eines in den letzten Zügen liegenden faschistischen Diktators, nur, weil auch Kommunisten dagegen protestierten. Als ob man die daran hindern könnte. Als ob die Partei — so wie es die schwedischen und holländischen Sozialisten hielten — nicht die Pflicht gehabt hätte, mit dem Vorsitzenden an der Spitze im ganzen Land das ganze Volk zu Kundgebungen gegen dieses scheußliche Verbrechen aufzurufen! Jenen, die es aus ihrem sozialistischen Gewissen heraus taten, gab man zu verstehen: „Ihr seid in der falschen Partei!“

Natürlich kann man sich mit den glänzenden Wahlerfolgen trösten, die die Partei errungen hat. Man kann sich über die vielen sozialen Verbesserungen, über die Höhe des Lebensstandards der breiten Massen freuen. Man kann tiefe Genugtuung empfinden über echte gesellschaftliche Reformen, wie zum Beispiel über die Reform des Straf- und Familienrechts und über das Betriebsverfassungsgesetz. Damit wurden zweifellos Weichen in die Zukunft gestellt.

Doch ein Blick über die Grenzen zeigt uns, wie sehr wir am Ende einer Ära leben, wie eine Fortsetzung der Entwicklungslinien aus der jüngsten Vergangenheit in die Zukunft uns an unüberbrückbare Schranken stoßen läßt. Wie sich erneut weltweit eine Mißachtung des menschlichen Lebens ausbreitet — im Rüstungswahn, im Verbrechen, im Krieg, Bürgerkrieg und Terrorismus, im Egoismus der Reichen und in der Ausbeutung der Armen —, die dem Humanismus tagtäglich millionenfach ins Gesicht schlägt.

Müßte nicht eine sozialistische Partei, deren geistiger Inhalt ihren Namen nicht Lügen strafen soll, vorangehen in der Bekämpfung dieser Mißachtung des Lebens, die sich unter anderem so abscheulich in Faschismus und Rassenhaß manifestiert?

Wer ist in der falschen Partei?

Einer, der sein menschliches und sozialistisches Gewissen sprechen läßt, oder einer, der dem Parteiapparat blind gehorcht, selbst wenn ihm dessen Kapriolen jeder tieferen Logik zu entbehren scheinen?

Einer, der den opportunistischen Kompromiß mit der faschistischen Vergangenheit auch dann nicht als edle Toleranz gelten läßt, wenn er Wahlerfolge bringt, oder einer, der großzügig vergißt und verzeiht, was andere erlitten haben?

Einer, der Huldigungen für fremde Potentaten ablehnt, die bei sich im Land Polizei und Henker wüten lassen, selbst wenn sie über Erdöl verfügen, und auf Großgeschäfte mit Regierungen verzichtet, die den Rassenhaß praktizieren, selbst wenn es lukrativ wäre — oder einer, der dies alles im Namen der Realpolitik oder im Interesse der Wirtschaft tut?

Wir sollten einmal zum Thema „Die SPÖ und der Faschismus“ eine Rundfrage in der Partei veranstalten, mit Hilfe eines Fragebogens, den kluge Politologen und Soziologen ausgearbeitet haben.

Die Hoffnung bestünde darin, daß es auch heute noch möglich sein muß, eine „schweigende Mehrheit“ für einen humanistischen Sozialismus zu finden. Denn nach mehr als einem halben Jahrhundert der Zugehörigkeit zu dieser geliebten Sozialistischen Partei sind wir erst recht überzeugt davon, nach wie vor genau in der richtigen Partei zu sein.

Die Freiheit ist immer in Gefahr,
wenn nicht eine kleine Minderheit bereit ist,
gegen die Privilegien einiger weniger
und gegen die Apathie der Masse anzukämpfen.

Bei der Kundgebung der Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen am Sonntag, dem 2. Mai 1976, hielt Genossin Dr. Hertha Firnberg die Gedenkrede. An der imposanten internationalen Kundgebung nahm auch eine starke Delegation des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer teil und im Namen der Arbeitsgemeinschaft wurde ein Kranz auf dem ehemaligen Appellplatz des KZ niedergelegt.

Mauthausen 1976

Am 5. Mai 1945 erreichten Vorausabteilungen der amerikanischen Armee das KZ Mauthausen, wo sie bereits von militärischen Einheiten der Häftlinge begrüßt wurden, die wenige Tage zuvor die Bewachungsmansschaften der SS entworfen hatten. An diesem Tag, der von allen überlebenden Häftlingen herbeigesehnt wurde, hat eine der erschreckendsten Vernichtungsmaschinerien der Menschheitsgeschichte ihr Ende gefunden.

Mauthausen ist für uns Symbol der Unmenschlichkeit, seine siebenjährige Geschichte ist ein Teil der Leidensgeschichte Österreichs in den Jahren der Nacht.

Unmittelbar nach der Besetzung Österreichs wurde im Sommer 1938 hier im Steinbruch von Mauthausen ein „Außenkommando“ des KZ Dachau errichtet und bis zur Befreiung im Mai 1945 waren hier gegen 200.000 Männer und Frauen inhaftiert. Nach noch erhaltenen Aufzeichnungen wurden in Mauthausen Tausende und Abertausende Menschen auf grausamste Weise ermordet! Tausende Häftlinge wurden sofort nach der Einlieferung ins Lager umgebracht. Nicht einmal eine Evidenzliste gibt Zeugnis von ihrem Leben und ihrem Sterben. Mauthausen mit seinen Nebenlagern zählte als ausgesprochenes Vernichtungslager zur Stufe III. Die Bestialität des politischen Systems, die Unberechenbarkeit und sadistische Schrankenlosigkeit der Bewacher, die Qual der Gepeinigten und Verfolgten ist heute ein fast unvorstellbares Bild des Grauens, ein Alptraum.

Seit den ersten Maitagen des Jahres 1945 sind mehr als 3 Jahrzehnte vergangen. Manchen der älteren Generation sind diese Jahre düsterer Vergangenheit bereits in die Ferne gerückt, in der Erinnerung verblaßt oder verfärbt. Längst ist auch eine Generation junger Österreicher herangewachsen, die jene Zeit ohne Gnade nicht aus eigenem Erleben, nicht aus eigener Anschauung kennt.

Als Mahnung und als Auftrag, nie mehr wieder diese Bestialität, diese Barbarei zu dulden, stehen auch heute noch die Baracken des Lagers, sind auch heute noch die Vernichtungsmaschinen und die schreckliche Todesstiege zu sehen, deren 186 Stufen für viele Häftlinge der Weg in den Tod waren.

„Geschichte ist ein Arsenal von Erfahrungen“ und „Wer aus den Fehlern der Geschichte nicht lernt, ist dazu verurteilt, diese Fehler zu wiederholen“. So wurde auf dem Symposium zum 30. Jahrestag des Endes von Auschwitz in Linz gesagt: „Aus der Geschichte lernen“; aus den leidvollen Erfahrungen der älteren Generation die ethischen und moralischen Konsequenzen politischen Verhaltens zu entwickeln, Menschlichkeit als unabdingbare Voraussetzung der eigenen Existenz zu setzen, das ist das politische Testament, welches die Generation der Opfer für die Freiheit der Jugend von heute hinterlassen hat.

Österreich ist seit dem Ende der Schreckenstage des Zweiten Weltkrieges wieder eine Demokratie, die allen Bürgern politische Freiheit, soziale Sicherheit und wachsenden Wohlstand garantiert. Drei Jahrzehnte sozialer, wirtschaftlicher und politischer Aufbauarbeit haben der Jugend von heute eine Gesellschaft eingerichtet, in der sie sich so frei wie noch nie zuvor entfalten kann. Um so größer ist unsere Verpflichtung,

den jungen Menschen von heute die Lehren jener düsteren Zeit vor Augen zu führen! An diese jungen Menschen möchte ich mich heute im besonderen wenden.

Lassen Sie uns, die wir uns hier zum Gedächtnis an die Opfer dieser Zeit zusammengefunden haben, aus unserer Erfahrung unserer Jugend sagen, daß die echte Teilnahme an der eigenen Zeitgeschichte erst das Verständnis für die Ereignisse unseres Zeitgeschehens wecken kann.

Nur wer am heutigen Geschehen in Österreich, in Europa, in der Welt Anteil nimmt, nur der, der die historischen Hintergründe erforscht, kann sich vor solchen Ereignissen schützen, die unsere Generation getroffen haben. Nicht das Verschweigen, sondern das Wissen um die Zeitgeschichte ist der Schlüssel zum Begreifen und Handeln.

Sicherheit, Demokratie und Freiheit sind Errungenschaften, die immer wieder neu verteidigt werden müssen, gesellschaftlicher Fortschritt ohne Engagement und Einsatz aller Bürger ist unmöglich. Wenn Humanität und Toleranz zu den Selbstverständlichkeiten des sozialen und politischen Lebens werden sollen, so ist dafür das Interesse und Engagement der jungen Generation notwendig.

Dazu brauchen wir aber die Mitwirkung unserer Schulen und Hochschulen, insbesondere dafür, daß die jungen Menschen nicht nur eine qualitativ hochwertige fachliche Ausbildung erhalten, sondern auch in ihren künftigen Wirkungsbereichen als Arbeiter und Angestellte, als Lehrer, Ärzte, Techniker, Wirtschaftler, Forscher und Politiker stets den Ideen von Freiheit, Humanismus, Toleranz und Demokratie verbunden bleiben. Das ist eines der wichtigsten politischen Anliegen.

In einer Zeit, in der die Welt durch die politische, wirtschaftliche und technische Entwicklung viel kleiner geworden ist, genügt es aber auch nicht, nur für die Bewahrung des sozialen Friedens und der Demokratie im eigenen Lande einzutreten.

Ein Blick in die Welt zeigt, daß alles, was die Männer und Frauen im Kampf gegen Faschismus und Barbarei, gegen den Nationalsozialismus, gegen den Antisemitismus und den Rassenhaß jener Zeit erlebt haben, durchaus nicht endgültig Vergangenheit ist, sondern noch immer lebt. Auch die „Hölle“ von Mauthausen, KZ und Folter gibt es noch immer! Was heute notwendig ist, ist eine internationale Allianz der Demokraten gegen die Diktaturen der Welt. Auch das ist Verpflichtung nach Auschwitz, nach Buchenwald und Dachau, nach Mauthausen.

Ich darf im Namen der Bundesregierung, die ich die Ehre habe hier zu vertreten, der Österreichischen Lagergemeinschaft der ehemals politischen Häftlinge dieses Konzentrationslagers besonders für den großen Beitrag danken, den sie für diese Erziehungsarbeit leistet; ich darf die Versicherung abgeben, daß wir nach besten Kräften dazu beitragen wollen, daß dieser Geist lebendig bleibt und daß die kommende Generation im Geiste der Toleranz und der Menschlichkeit, aber auch im Geiste des Willens zur Verteidigung der Freiheit, der Demokratie und der Neutralität Österreichs erzogen wird.

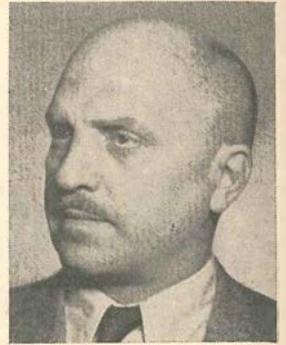
Das Mauthausen-Museum

Die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen sind zu folgenden Zeiten geöffnet:

1. Mai bis 30. September:
täglich von 8.00 bis 12.00 Uhr
12.30 bis 17.30 Uhr

Das Museum Mauthausen ist auch an Sonntagen zu den gleichen Besuchszeiten allgemein zugänglich, ebenso am Ostermontag und Pfingstmontag. Dagegen bleiben die Gedenkstätte Mauthausen und das Museum Mauthausen an jedem Montag und in der Zeit vom 15. Dezember bis 23. Jänner durchgehend geschlossen.

Gedenken an Anton Proksch



Am Donnerstag, dem 29. April 1976, jährte sich zum ersten Male der Todestag unseres unvergessenen Genossen Anton Proksch. Aus diesem Anlaß legte eine Delegation des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer einen Kranz an der Grabstätte des früheren Sozialministers auf dem Wiener Zentralfriedhof nieder. Genosse Otto Skritek würdigte noch einmal die unvergänglichen Verdienste des Verstorbenen in einer kurzen Ansprache, wobei er insbesondere auf die Opfergesetzgebung verwies und auf die beispielhafte Sozialgesetzgebung, die es den Angehörigen der älteren Generation heute möglich macht, den Lebensabend in Ruhe und Sicherheit zu verbringen. Auch Genossin Lina Proksch war gekommen und Genosse Anton Benya sowie Genosse Erich Hofstätter, die unseres Toni namens der österreichischen Gewerkschaftsbewegung gedachten.

Anschließend an dieses Gedenken wurde auch am Grabe von Bundespräsident Franz Jonas ein Blumenarrangement niedergelegt, wobei Genossin Rosa Jochmann in ergreifenden Worten auch dieses großen Sozialisten gedachte. Und während einer Trauerminute senkte sich unsere rote Fahne vor dem Grabe des Bundespräsidenten, den man mit vielen anderen unserer Genossen vor 40 Jahren vor ein Tribunal gezerzt und des „Hochverrats“ bezichtigt hatte...

An diesem ersten Todestag von Genossen Anton Proksch geziemt es uns allen aber, dieses hervorragenden Baumeisters des Sozialrechts unserer Republik zu gedenken und wenigstens einen Teil seines so vielfältigen und umfangreichen Wirkens zu würdigen.

Als er damals an jenem Dienstagvormittag in einem Autobus auf dem Kahlenberg tot zusammenbrach — er war einem Herzschlag erlegen —, da hatte er erst wenige Tage zuvor seinen 78. Geburtstag begangen. Und der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer war mit unter den vielen Gratulanten.

Mehr als 10 Jahre lang war Genosse Anton Proksch Sozialminister; von 1956 an bis zum Amtsantritt der ÖVP-Alleinregierung. Und in dieser Funktion hat er Hervorragendes für alle arbeitenden Österreicherinnen und Österreicher geleistet. Wenn unser Land heute in der Welt als eines der sozial am meisten fortschrittlichen Länder gilt, so ist das in einem hervorragenden Maße der unermühten Arbeit dieses Sozialministers zu verdanken. Genosse Proksch war von Beruf Schriftsetzer und hatte sich schon während seiner Lehrzeit der sozialdemokratischen Bewegung angeschlossen. Er war einer der aktivsten Funktionäre des damaligen Verbandes jugendlicher Arbeiter und arbeitete in seinem Wiener Heimatbezirk Favoriten in Partei und Gewerkschaft mit. Im Jahre 1924 wurde er Jugendsekretär des Bundes Freier Gewerkschaften und blieb in dieser Funktion bis zu dessen Auflösung durch die Austrofaschisten.

Aber unser Toni setzte seine Tätigkeit nun in der Illegalität fort und war im großen Wiener Sozialistenprozeß 1936 gemeinsam mit Franz Jonas, Bruno Kreisky, Maria Emhart und vielen anderen RSLern einer der Angeklagten. Man hatte ihn wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ angeklagt und auch verurteilt. Doch nach 13 Monaten Haft arbeitete er wieder als Metteur.

Allerdings, die Zeit seiner Verfolgung, unter Dollfuß und Schuschnigg begonnen, endete erst nach dem Zweiten Weltkrieg, als der blutige Spuk des 1000jährigen

Reiches verschwunden war.* Aber Genosse Proksch widmete sich sofort mit Feuereifer dem Wiederaufbau der Gewerkschaftsbewegung.

Er wurde der erste Generalsekretär des ÖGB, bis er im Jänner 1956 als Nachfolger Karl Maisels Sozialminister wurde: Er blieb es bis zum Zerfall der Koalition 1966.

Die sozialistische Bewegung und mit ihr ganz Österreich kann stolz auf das Werk sein, das während seiner Ministerschaft vollbracht wurde: Aus der Pensionsversicherung wurde eine umfassende Vorsorge nicht nur für den Lebensabend der Arbeiter und Angestellten, sondern auch für die Selbständigen und Bauern. Obwohl von politischen Gegnern deshalb heftig angegriffen, setzte er die Pensionsversicherungsgesetze für die Selbständigen und für die Landwirte durch. Knapp vor Ende seiner Amtszeit wurde dann auch noch die mustergültige Pensionsdynamik beschlossen, um die Proksch mit Härte und Leidenschaft gerungen hatte.

Auch in der Versorgung der Kriegsoffer hat Genosse Proksch wesentliche Verbesserungen durchgesetzt; doch bleiben seine Verdienste in der Opferfürsorge-Gesetzgebung für uns alle unvergessen. Und als ihm der Bundesvorstand ein Gratulationsschreiben zu seinem 75. Geburtstag schickte, da hieß es unter anderem: „... unvergessen bleibt Dein Verständnis für die Probleme der Opfer des Faschismus; Dir verdanken wir viele Verbesserungen im Opferfürsorgegesetz.“ Und Proksch war auch einer der ersten Genossen, denen das vom Bundesvorstand geschaffene Goldene Abzeichen überreicht wurde. Schon früher war Genosse Anton Proksch durch die Verleihung der Otto-Bauer-Plakette geehrt worden,** wodurch ihm die sozialistischen Freiheitskämpfer als dem einstigen Leidensgenossen ihren Dank und ihre Anerkennung ausdrückten.

Gesetze über die Sicherung der Arbeitsplätze der Präsenzdienner des Bundesheeres, über den Karenzurlaub und das Karenzurlaubsgeld für junge Mütter, die Verbesserung des Mutterschutzes und der Dienststellung der Hausgehilfinnen sowie zahlreiche andere bedeutende sozialpolitische Gesetze fügten sich zu einer imposanten Leistung zusammen. Schließlich wurden unter Proksch auch die Grundlagen für eine Arbeitsmarktpolitik und für die Kodifikation des Arbeitsrechtes gelegt und der genossenschaftliche Wohnungsbau für Arbeitnehmer kräftig gefördert.

Neben all diesen großen Leistungen war Anton Proksch auch ein eifriger Streiter im Kampf gegen Trinkunsitten und Alkoholkrankheit. In die Zeit seiner Ministertätigkeit fällt der weitere Ausbau des Alkoholbeirates im Sozialministerium, vor allem aber die Gründung der Trinkerheilstätte „Genesungsheim Kalksburg“. Er war bis zu seinem Tode Präsident dieser Stiftung, die ihm zu Ehren nunmehr den Namen „Anton-Proksch-Institut“ führt. Da er der Vorbeugung gegen die Alkoholgefahren große Bedeutung beimaß, unterstützte er besonders die Tätigkeit des Arbeiter-Abstinenzbundes.

Der dynamische Vertreter der Interessen aller arbeitenden Österreicherinnen und Österreicher war auch

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 7/8, Juli/August 1972, Seite 11.

** Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 10, Oktober 1971, Seite 7.

viele Jahre lang in der Volksvertretung einer der aktivsten Abgeordneten.

Als Genosse Proksch im Jahre 1966 aus seinen Funktionen in der Regierung und in der Gewerkschaft ausschied, in denen er so viele Jahre erfolgreich gewirkt hatte, da war es für ihn selbstverständlich, daß er mit seinen vielen Freunden und Genossen auch weiter in ständiger Verbindung blieb. Und wie oft waren er und Lina bei einer Kundgebung oder einer Veranstaltung unseres Bundes!

In diesem Jahre, genau ein Jahr nachdem er uns verlassen hatte, sind wir, seine engen Freunde und Kampfgefährten, gemeinsam mit seiner Lina, an seinem Grabe gestanden und haben in einer stillen Minute des Schweigens der vielen Erfolge und guten Taten gedacht, die während des arbeitsreichen Lebens eines Sozialisten aus innerster Überzeugung für so viele haben vollbracht werden können. Das sei — und dafür wollen wir unermüdlich ringen — in der Tat „Niemand vergessen!“

Aus dem TAGEBUCH eines Schutzbündlers

12. Mai 1935

Viele von uns können sich noch an jene Zeit erinnern. In Österreich herrschte der Austrofaschismus mit all seinen Schrecken: Entlassungen, Verfolgungen, Mißhandlungen, Hunger, Selbstmorde, Kerker und die Todesstrafe.

Aber trotzdem gab es am 12. Mai 1935 in Wien rote Fahnen, Blitzdemonstrationen und spontane Kundgebungen. Das Ausland und die Internationale sollten über die Lage der illegalen Sozialisten in Österreich informiert werden.

Damals wurden in mühevoller Kleinarbeit oft sehr gefährliche Aktionen gestartet, die eine große Wirkung hatten. Eine dieser vielen Aktionen spielte sich so ab: Auf der Kreuzung Gaudenzdorfer Gürtel-Margaretenstraße fuhr nachmittags — nach Arbeitsschluß — ein Mann auf einem Fahrrad und verlor einen Sack, der mit benzingetränkten Sägespänen gefüllt war. Ein Passant, der „zufällig“ vorbeiging und von einer vorbeifahrenden Straßenbahn gedeckt wurde, warf rasch ein brennendes Feuerzeug in die Sägespäne: Die Wirkung und das Feuer waren groß.

Unter die darauffin entstandene Menschenansammlung wurden Flugblätter und Broschüren verteilt. Und während Polizisten das Feuer löschten, konnte der Flammenwerferinitiator unerkannt die Brandstätte verlassen: Genosse Redl alias August Fürst. Er war einer der Begründer der illegalen „Revolutionären Sozialisten“. Der Polizei war er als Sozialist zwar bekannt, doch konnte man ihm nie etwas nachweisen.

Nach solchen Aktionen wurde er aber immer in die Hufe-landgasse geholt und dort im Polizeikommissariat — entsprechend den damaligen Gepflogenheiten — „behandelt“. So ist er vielen Entbehrungen, Verfolgungen und Verhaftungen ausgesetzt gewesen, doch würde es zu weit führen, sie alle aufzuzählen.

Nach dem Einmarsch der Hitler-Faschisten wurde Genosse Fürst wieder verhaftet und für sechs Jahre in KZ-Lager verschleppt. Wer aus diesen Lagern wieder zurückkam, für den war es ein Wunder — auch für August Fürst. Im Jahre 1945 — gleich nach seiner Rückkehr — wurde Genosse Fürst in das Haus, in dem er so oft als Sozialist eingesperrt war — als einer der „Bürgermeister“ von Meidling und später als erster Bezirksvorsteher gewählt.

Ein junger Mann fragte ihn einmal: „Genosse Fürst, warum sind Sie eigentlich nicht emigriert?“ Seine Antwort war für ihn typisch: „Lieber Genosse, da hätte ja die halbe Wienerstadt emigrieren müssen! Die Arbeit im Untergrund mußte doch auch weitergehen!“ Dazu war ja das Los der Emigranten nicht minder beklagenswert und auch nicht immer das Beste.

Trotz des Verbots der Partei und aller Verfolgungen in den Jahren 1934 bis 1945 und der blutigen Geschehnisse in dieser Zeit, existierte die Sozialistische Partei aber weiter. Das bewies das Schicksalsjahr 1945 und der sofortige Wiederaufbau der Sozialistischen Partei.

Wie viele Opfer mußten doch in dieser schrecklichen „Zeit ohne Gnade“ für Recht und Freiheit der Menschen gebracht werden!

Dokumente der Zeit

Im Staatlichen Zentralarchiv der UdSSR (SZAOR) befindet sich ein Dokument (Fds. 7445, Liste 2, Akte Nr. 138, Bl. 269), das einen Bericht des Hauptmanns Koch, des Beauftragten des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete bei der Heeresgruppe Süd, über die Zerstörung der Stadt Kiew enthält. Diesem Bericht ist jener Absatz entnommen, der eine erschreckende Mordbilanz der SS-Kommandos enthält.

Kiew

5. Oktober 1941

Geheim!

... Der Brand von Kiew (24. bis 29. September 1941) hat genau die Mitte, das heißt den schönsten und repräsentativsten Teil der Stadt mit den beiden größten Hotels, der Hauptpost, dem Funkhaus, dem Telegrafenam und einigen Warenhäusern, zerstört. Betroffen ist ein Areal von rund zwei Quadratkilometern, obdachlos sind etwa 50.000 Menschen; sie wurden notdürftig in verlassenen Quartieren untergebracht.

Als Sühne für die offensichtliche Sabotage wurden am 29. und 30. September die Juden der Stadt liquidiert, insgesamt nach Angabe der SS-Kommanden rund 35.000 Menschen, zur Hälfte Frauen.

Das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs

In der letzten Nummer unserer Zeitung* haben wir den Wortlaut des Bundesgesetzes über die Schaffung eines Ehrenzeichens für Verdienste um die Befreiung Österreichs veröffentlicht, das der Nationalrat am 27. Jänner 1976 beschlossen hat. Inzwischen ist das Gesetz auch schon im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und daher in Kraft getreten.

Allerdings konnte sich der Ministerrat noch nicht mit der Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz befassen, weil die zuständigen Stellen mit deren Textierung noch nicht fertig sind; der § 12 des Gesetzes aber besagt, daß die Bundesregierung mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes betraut ist, wobei die Vorbereitung von Beschlüssen der Bundesregierung wieder dem Bundeskanzler obliegt.

Wir bitten daher unsere Genossinnen und Genossen, von Eingaben welcher Art auch immer, so lange abzu- sehen, bis die notwendige Durchführungsverordnung erlassen ist, weil weder die Form einer allfälligen Eingabe bekannt ist und es andererseits auch noch gar nicht bekannt ist, wo eine solche Eingabe einzureichen wäre.

Dabei verweisen wir auf den Bericht des Verfassungsausschusses des Nationalrats vom 21. Jänner 1976, der einstimmig beschlossen hat, dem Hohen Haus die Annahme des Gesetzes zu empfehlen, wonach der für die Verleihung des „Befreiungs-Ehrenzeichens“ in Frage kommende Personenkreis im wesentlichen durch § 1 des OFG 1947 umschrieben wird. Der Besitz einer Amtsbescheinigung beziehungsweise eines Opferausweises im Sinne des Opferfürsorgegesetzes stellt für sich allein aber noch keine Begründung für die Verleihung des Befreiungs-Ehrenzeichens dar.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1—3, Jänner/Februar/ März 1976, Seite 3.

Mit Josef Hindels in der Emigration

(Fortsetzung und Schluß)

Natürlich entbehrte unser Einsiedlerleben im schwedischen Wald auch nicht der Romantik. Wir erlebten in Avlångsgård einen herrlichen schwedischen Sommer mit seinen zauberhaften hellen Nächten, in denen man noch um Mitternacht im Freien Zeitung lesen konnte. Die lange Sonnenbestrahlung erwärmte das Wasser unseres kleinen Waldsees so sehr, daß er zu einem wunderbaren Badesees wurde. Viele Blumen und Waldbeeren entwickeln sich an den langen Sonnentagen üppiger und größer als in Mitteleuropa. Der Wald bot uns eine Fülle von großen, wohlschmeckenden Heidelbeeren, die den Mangel an Gemüse wettmachten.

Freilich, die Waldarbeit im Sommer hatte auch einen großen Nachteil: Die Fliegen- und Mückenplage, die insbesondere in etwas sumpfigen Gebieten wirklich fast unerträglich ist. Die Schweden nennen die kleinen Mücken, die uns oft in Schwärmen umgaben und peinigten, „Knotts“.

Unsere kleine Arbeitsgruppe hielt allen Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten zum Trotz tapfer durch und stellte stattliche Holzstöße auf. Erst als von den sieben Holzfällern sechs durch Axtschläge mehr oder weniger schwer verletzt worden waren, gaben wir auf und suchten für die Städte Stockholm, Örebro, Västerås oder Uppsala Aufenthaltsbewilligungen zu bekommen. Unserem Freund Hindels wurde aus uns unbekanntem Gründen der Aufenthalt in Stockholm verweigert. Er ging dann in die von Stockholm nicht weit entfernte Universitätsstadt Uppsala.

Uppsala mit der großen Universitätsbibliothek und einer rührigen sozialdemokratischen Jugendorganisation bot dem wissensdurstigen und kontaktfreudigen Sozialisten Josef Hindels viel Anregung, Lernmöglichkeit und auch praktische Tätigkeit in der Jugendorganisation. Er verdiente seinen Unterhalt durch Gartenarbeit und als Holzsäger, worin er ja schon einige Erfahrung aus dem Walde mitbrachte. Seine persönlichen Bedürfnisse waren ja stets sehr bescheiden — das Lesen und Lernen, das Denken, Diskutieren und Schreiben waren der Inhalt und Sinn seines Lebens. Er hielt bald Vorträge in der Jugendorganisation, verfaßte Schulungsmaterial für sie und schrieb Lehrbriefe für die SJ-Akademie. Insbesondere seine Vorträge über den Austromarxismus fanden bei der schwedischen Jugend großes Interesse und erweckten Begeisterung — freilich, teils auch zum Mißfallen schwedischer Parteifunktionäre.

Hier taucht die Frage auf: Wie stand Hindels, der überzeugte Marxist, zur schwedischen Sozialdemokratie? Hindels, der kein Träumer, sondern ein sehr klar und nüchtern denkender Mann ist, anerkannte die großen Leistungen der schwedischen sozialdemokratischen Partei, die damals, als wir in Schweden Asyl fanden, schon acht Jahre ununterbrochen die Regierung stellte. Gewiß, die schwedische Partei, die nicht durch eine Revolution, sondern auf dem Weg der Demokratie zur Macht kam, ist eine reformistische Partei. Ihre Geschichte ist in vieler Hinsicht der Geschichte der österreichischen Partei ähnlich. Sie, die schwedische Partei, entwickelte sich in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Im Jahre 1886, als sich der junge Arzt Dr. Victor Adler in Österreich der Sozialdemokratie anschloß, trat auch in Stockholm ein junger Mathematiker und Astronom der Sozialdemokratie bei, dessen Vater ein angesehener Universitätsprofessor war: Dr. Hjalmar Branting. Und so wie Adler der Herausgeber der Zeitung „Gleichheit“ wurde, so wurde Branting der Chefredakteur des „Sozialdemokraten“. Im Jahre 1889, wenige Monate nach dem Hainfelder Parteitag, wurde auch die schwedische Partei konstituiert. Sie stützte sich stark auf die Gewerkschaften. Und auch sie mußte, so wie unsere Partei, eine harte Zeit der Verfolgungen durchstehen. Auch Branting wanderte wie Victor Adler einige Male ins Gefängnis. Gleich den österreichischen Arbeitern waren auch die schwedischen Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen. Auch sie mußten in langen Kämpfen, die

ihren Höhepunkt in dem Generalstreik von 1902 fanden, das Wahlrecht Schritt für Schritt erringen. Wir eroberten das allgemeine Wahlrecht für Männer im Jahre 1906, die Schweden erst 1908.

Aber in mancher Hinsicht trug die Entwicklung der schwedischen Partei doch andere Züge als die österreichische. Im Norden Schwedens lebt seit alters her eine trotzig, freie Bauernschaft; dort hat es nie Adel, Grundherrschaft und Hörigkeit gegeben. Diese Bauerndemokratie des Nordens stand seit je im Gegensatz zur Aristokratie Südschwedens; in ihr fand die schwedische Arbeiterklasse, solange sie um die Demokratisierung des Landes kämpfte, einen Bundesgenossen gegen die Grundaristokratie und gegen die Kapitalisten in Industrie und Handel.

Hjalmar Branting war stark von der deutschen Sozialdemokratie beeinflusst, die damals die führende Partei der Internationale war. Er war — das hat er wiederholt bewiesen — innerhalb der Partei der Vertreter der Marxschen Geschichtskonzeption. Aber diese Konzeption schloß das Zusammenwirken mit bürgerlich- und bäuerlich-demokratischen Kräften nicht aus. Branting ging stets auf das nächste Ziel, auf den praktischen Erfolg zu. Er handelte nach dem Goethe-Wort:

Ich habe stets
Den nächsten Schritt gewählt,
Ein fernes Ziel hat mich dabei beseelt.

Die Taktik Brantings, der ein wirklich großer, bedeutender Mann war, bewährte sich: Schon bei den Wahlen von 1914 wurde die Sozialdemokratie zur stärksten Partei in der Zweiten Kammer, und bereits nach dem Ersten Weltkrieg wurde Branting Ministerpräsident einer rein sozialdemokratischen Minderheitsregierung.

Obwohl Hindels in Uppsala seinen festen Wohnsitz haben mußte, war er während dieser Zeit doch oft nach Stockholm gekommen, hatte einen Gedankenaustausch mit Freunden gepflegt und war zeitweise tagsüber auch im Archiv der schwedischen Partei tätig. Er hatte in Stockholm und Uppsala auch Verbindung mit Bruno Kreisky und Herbert Wehner.

Im Jahr 1945 war Hindels mit der Betreuung der sogenannten „Spätflüchtlinge“ beschäftigt; das waren Angehörige der deutschen Wehrmacht, die fahnenflüchtig geworden waren. Zur Aufklärung dieser Flüchtlinge schrieb Hindels 1945 und 1946 in Stockholm zwei Broschüren: „Österreich und die Habsburger“ (1945) und „Von der Ersten Republik zum Zweiten Weltkrieg“ (1946). Beide Schriften wurden unter dem Namen Karl Popper veröffentlicht. Genosse Hindels war nach Kriegsende auch durch eine rege Korrespondenz mit unserem unvergessenen Genossen Peter Strasser in Verbindung, mit dem er schon in der Jugendbewegung zusammengearbeitet hatte. Peter Strasser war ja stets bestrebt, die internationalen Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien auszubauen und zu festigen. Genosse Strasser ist im Jahre 1962 im 44. Lebensjahr einem Krebsleiden erlegen. Er war eine große Hoffnung der Partei.

Im Jahr 1946 kehrte Genosse Hindels nach Österreich zurück. Er war wieder in seiner Gewerkschaft tätig und redigierte als leitender Redakteur durch zwei Jahrzehnte hindurch das Organ der Privatangestellten. Er hat durch seine zahlreichen Schriften, seine ungezählten Reden, Vorträge und Zeitungsaufsätze unheimlich viel dazu beigetragen, in unserer Partei den sozialistischen Geist zu verbreiten, wachzuhalten und zu stärken. Er hat den Mut, auch unpopuläre Kritik auszusprechen, und ist so zum Mahner und zum Gewissen unserer großen und schönen Partei geworden. Die Partei wäre nicht, was sie ist, wenn wir nicht Genossen wie Josef Hindels hätten. Welch ein Gewinn und Glück, daß wir ihn denkend, schreibend und lehrend unter uns haben! Wir können an seinem 60. Geburtstag nur den heißen Wunsch aussprechen, er möge uns noch recht lange als kühner Fackelträger den Weg zum Sozialismus erleuchten.



85 Jahre

Der frühere Abgeordnete zum Nationalrat und niederösterreichische Landesrat Heinrich Widmayer beging am 5. April 1976 seinen 85. Geburtstag. Genosse Widmayer, der in Wiener Neustadt geboren wurde, war gelernter Metalldreher und kam schon in jungen Jahren zur sozialdemokratischen Bewegung. Er gehört zur alten Garde jener Sozialisten, die ihr ganzes Leben in den Dienst der Arbeiterklasse gestellt haben.

Er war bis zum Jahre 1934 Bürgermeister von Deutsch Wagram, wurde nach dem Februar 1934 verhaftet und von den Austrofaschisten in das Anhaltelager Wöllersdorf gesteckt. Nach seiner Freilassung betätigte er sich in der Illegalität bei den Land- und Forstarbeitern, wurde aber 1937 wieder verhaftet und neuerlich eingesperrt. Erst die Februaramnestie 1938 brachte ihm wieder vorübergehend die Freiheit. Als die Hitler-Faschisten Österreich besetzten und im Begriff waren, sie zur Ostmark zu machen, wurde Genosse Widmayer erneut hinter Kerkermauern gesteckt. Er wurde, angefangen von Dollfuß bis Hitler, insgesamt siebenmal verhaftet und mußte insgesamt 38 Monate in faschistischen Gefängnissen verbringen, darunter auch in der berühmten Festung Theresienstadt, wo er jahrelang unter furchtbaren Bedingungen festgehalten wurde.

Nach dem Zusammenbruch der faschistischen Diktatur im Jahre 1945 machte sich Genosse Widmayer sofort an den Wiederaufbau des Arbeitsbauernbundes, obwohl er noch schwer unter den Folgen der langen Haft zu leiden hatte. Er beteiligte sich maßgebend am Wiederaufbau der Partei, wirkte lange Jahre als Finanzreferent des Landes Niederösterreich und vertrat als sozialistischer Abgeordneter das Viertel unter dem Manhartsberg im Nationalrat, dem er bis zum Jahre 1956 angehörte.

Genosse Widmayer nahm aber auch nach seinem Ausscheiden aus seinen öffentlichen Funktionen weiter am politischen Leben regen Anteil und blieb mit der Bewegung in engem Kontakt. Und so ist es auch nur zu verständlich, daß er es sich auch heute noch nicht nehmen läßt, zu kommen, wenn die Eifler-Runde ihre Zusammenkünfte abhält oder der Bund zu einer antifaschistischen Kundgebung aufruft.

Und daß es noch lange so bleiben möge, das wünschen die sozialistischen Freiheitskämpfer ihrem bewährten Genossen, der im Widerstandskampf gegen den österreichischen und deutschen Faschismus so viele Opfer gebracht hat.

*

Zu unserem Titelbild

Die mißbrauchte Hand. Zeichnung von W. M. Pühringer. Wien 1975.
Der Krieg — oder wie man ihn gelegentlich auch verniedlichend als „Kriegshandwerk“ bezeichnet — hat seit jeher nur in einem ganz bestimmten Sinn einen goldenen Boden: Für die Waffenhersteller und die Waffenhändler. Aber sonst hat dieses „Handwerk“ nur unermeßliche Blutströme im Gefolge...

Pühringer sieht die mörderische Technik schon am Mißbrauch der menschlichen Hand: Wenn die Maschine den Menschen verschlingt, dann hat der menschenfreundliche Geist abgedankt und der menschliche Körper wird mit dem technischen Apparat, mit der Waffe, identisch. Vor dieser Gefahr will Pühringer warnen.

Die Demokratie kann sich nicht dadurch verteidigen, daß sie sich selbst aufgibt. Aber es ist das Recht jeder — auch einer demokratischen Regierung, Versuche, sie mit Gewalt zu beseitigen, mit Gewalt zu unterdrücken und durch geeignete Mittel zu verhindern. Die Ausübung dieses Rechts ist weder mit dem Prinzip der Demokratie noch mit dem der Toleranz im Widerspruch. Es mag mitunter schwierig sein, eine klare Grenzlinie zu ziehen zwischen der Verbreitung gewisser Ideen und der Vorbereitung eines revolutionären Umsturzes. Aber von der Möglichkeit, eine solche Grenzlinie zu finden, hängt die Möglichkeit ab, Demokratie aufrechtzuerhalten.

Vom Kampf der jüdischen Arbeiter

John Bunzl: Klassenkampf in der Diaspora. — Zur Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung. Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung. Mit einem Vorwort von Karl R. Stadler. Europa-Verlag Wien, 184 Seiten, Paperback.

Für Antisemiten sind zwei Merkmale typisch: der Haß gegen die Juden und die grenzenlose Unwissenheit über die Geschichte und soziale Struktur der jüdischen Bevölkerung.

Gibt es doch noch heute in Österreich Antisemiten, die ihren Antisemitismus damit begründen, daß „die Juden“ alle reich sind und sie die armen „Arier“ ausbeuten. Von der Not jüdischer Arbeiter, von ihrem jahrzehntelangen Kampf gegen die (kapitalistische) Ausbeutung — und damit auch gegen „jüdische Kapitalisten“ —, haben diese Analphabeten der Politik nie etwas gehört. Antisemitismus und Unwissenheit gehören eben zusammen.

John Bunzl, der das Grauen des Nazifaschismus nicht selbst erlebt hat — er wurde 1945, im Jahr der Befreiung, geboren —, hat die verdienstvolle Aufgabe übernommen, einen wesentlichen Teil der Geschichte der jüdischen Arbeiterbewegung darzustellen. Sein in der Schriftenreihe des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung erschienenes Buch gehört zu den kostbarsten Dokumenten, die über dieses Thema vorliegen.

Gestützt auf die umfangreiche Literatur, die es bereits seit Jahrzehnten gibt — die im Anhang veröffentlichte Bibliographie zählt allein mehr als 200 Titel von Büchern und Broschüren auf! —, verfaßte Bunzl eine wissenschaftlich fundierte, lebendig geschriebene Darstellung der jüdischen Arbeiterbewegung, die vor allem im Osten Europas, in Rußland und Polen, auf dem Boden des Marxismus entstand.

Der Rektor des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Univ.-Prof. Dr. Karl R. Stadler, weist in seinem Vorwort darauf hin, daß vor 40 Jahren der große Denker des Austromarxismus, Max Adler, die marxistische Begründung für eine nationale jüdische Arbeiterbewegung geliefert hat, indem er unter anderem schrieb:

„Es hat daher auch gar keinen Sinn und ist im Grunde ganz unmarxistisch, die Frage aufzuwerfen, ob die Entstehung einer Bewegung, die auf die nationale Wiedergeburt des jüdischen Volkes gerichtet ist, zu begrüßen oder zu bedauern ist. Sobald es jüdisch-nationales Empfinden als proletarische Massenerscheinung gibt, ist dies eine geschichtliche Tatsache, mit der man ebenso rechnen muß wie mit dem nationalen Erwachen der sogenannten geschichtslosen Nationen.“

Und der marxistische Standpunkt kommt nur darin zum Ausdruck, daß wir theoretisch dieses nationale Erwachen aus seinen gesellschaftlichen Ursachen verstehen, und daß wir es praktisch in die Richtung leiten, die uns der Marxismus durch seine Erkenntnis der gesellschaftlichen Entwicklung als notwendige aufgezeigt hat . . .

Darum kann das Erwachen des nationalen Bewußtseins bei einem unterdrückten Volke durch den Idealismus, der mit ihm verbunden ist, sogar eine außerordentliche Stärkung des proletarisch-revolutionären Geistes bewirken, wenn beide Ideen, die der sozialen Befreiung und die der nationalen Entfaltung, von Anfang an zusammenfließen.“

John Bunzl analysiert das Entstehen, die Entwicklung und die Problematik dieser jüdischen Arbeiterbewegung, die sich von Anfang an bemühte, das spezifisch Jüdische den gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse unterzuordnen, im Kampf gegen den Kapitalismus, im Ringen um den Sozialismus.

Im zaristischen Rußland stand natürlich der Kampf gegen dieses halbfeudale, zum Teil noch im Mittelalter steckengebliebene Regime im Vordergrund. Die jüdischen Arbeiter, die doppelt unterdrückt wurden, als Arbeiter und als Juden, waren frei von einem jüdischen Chauvinismus. Sie sahen in den russischen Arbeitern ihre Klassengenossen und betrachteten alle, die gegen den Zarismus kämpften, als ihre Bundesgenossen.

Die Organisation dieser jüdischen Arbeiter, die unter dem Namen „Bund“ in die Geschichte eingegangen ist, stand dem Zionismus ablehnend gegenüber. Denn nicht durch Auswanderung nach Palästina, sondern im ge-

meinsamen Kampf mit den nichtjüdischen Arbeitern sollte dem Antisemitismus entgegengetreten werden. In einem gewissen Sinne bedeutete der Zionismus für die „Bundisten“ eine Kapitulation vor dem „Juden hinaus!“-Geschrei des antisemitischen Pöbels. Dennoch gab es Differenzen mit der russischen Arbeiterbewegung, und Bunzl gibt dafür eine überzeugende Erklärung:

„Der nunmehrige Massencharakter der Bewegung zwang zur Verwendung des Jiddisch als Agitationssprache, zur intensiveren Beschäftigung mit den spezifischen Bedürfnissen und Interessen des jüdischen Proletariats, zum Überdenken der organisatorischen Aufgaben.“

Obwohl später ein Gegner des Bundes, hat Martov in seiner Rede zum 1. Mai 1895 die raison d'être einer besonderen jüdischen Arbeiterbewegung dargelegt: Die Bewegung habe die engen Zirkel gesprengt; nun, nachdem die jüdischen Arbeiter in Bewegung geraten waren, könne man nicht länger nur von der allgemeinen russischen Arbeiterbewegung her die Befreiung erwarten.

Obwohl mit der russischen Bewegung verbunden, müsse das jüdische Proletariat nicht auf seine Befreiung durch die polnische oder russische Bewegung warten. Die Sozialdemokraten, die unter den jüdischen Massen arbeiteten, müßten die Schaffung einer besonderen jüdischen Arbeiterorganisation, welche das jüdische Proletariat im Kampf um ökonomische, bürgerliche und politische Rechte anleite, anstreben.

Zu empfehlen, die jüdischen Arbeiter sollten mittels ihrer eigenen Organisation gleiche Bürgerrechte anstreben, bedeutete eigentlich nur auszusprechen, was sich tatsächlich vollzog.

Die Verwendung des Jiddisch (durch die Organisation), dem anfangs ein rein technisches Motiv zugrunde lag, mußte allmählich eine politische Bedeutung erhalten, eine gewisse nationale Komponente implizieren.“

Diese Differenzen haben auch später, während und nach der russischen Revolution, eine Rolle gespielt. Aber sie haben niemals dazu geführt, daß der jüdische „Bund“ seine sozialistische, zutiefst internationalistische Geisteshaltung aufgegeben hat.

Die vom „Bund“ repräsentierte jüdische Arbeiterbewegung Osteuropas ist in Auschwitz und den anderen Vernichtungsstätten des Nazifaschismus physisch ausgerottet worden. Aber sie hat vor der Übermacht der Nazimassenmörder nicht kampfflos kapituliert. Mit Recht stellt Bunzl fest:

„Der Bund war eine wichtige Kraft im antifaschistischen Widerstandskampf, er war die einzige jüdische Partei, die enge Kontakte zu polnischen Sozialisten außerhalb der Gettomauern besaß und er war führend beteiligt am bewaffneten Aufstand im Warschauer Getto (April 1943).“

Heute gibt es außerhalb Europas und vor allem in den USA Gruppen des „Bundes“, die an den revolutionären Traditionen ebenso festhalten wie an der Pflege der jiddischen Sprache und Kultur. Zwischen ihnen und dem Zionismus bestehen Spannungen, die das Märchen von der „Verschwörung des Weltjudentums“ ebenso widerlegen wie den Alleinvertragsanspruch Israels auf die Wahrnehmung jüdischer Interessen.

Natürlich werden Anhänger der zionistischen Ideologie mit John Bunzls Buch in vielem nicht einverstanden sein; das ist ihr gutes Recht. Aber wenn sie sich um Objektivität bemühen, werden sie zugeben müssen, daß der Verfasser eine historische Studie über die jüdische Arbeiterbewegung geliefert hat, die es verdient, anerkannt und gewürdigt zu werden.

Die Lektüre ist vor allem jungen Sozialisten zu empfehlen, die sich mit der „unbewältigten Vergangenheit“ vorurteilsfrei auseinandersetzen wollen. Aber auch die Älteren, die jene Zeit selbst erlebt haben, erfahren aus diesem Buch vieles über den Kampf der jüdischen Arbeiter, das ihnen bisher unbekannt war.

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungsverwechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



In der Dezember-Nummer unserer Zeitung* haben wir im Zusammenhang mit dem Fall Friedrich Peter auch einen Artikel veröffentlicht, der den Titel trug: „Ich stünde bedingungslos hinter ihm...“ Dazu haben wir den folgenden Brief bekommen.

Alles vergessen?

Rührend die letzte Zeitschrift mit dem Märchen von anonymen SS-Mann, der der anonymen KZlerin half — (Auschwitz-Höß und Jüdin?) —; einen Nachdruck sollten Peter & Co. in der Zeitschrift der SS-Kameradschaft IV befehlen...

Versöhnlich, wenn wieder „Saujud!“ nachgerufen wird, und einer älteren KZ-Überlebenden „Stirb schneller, Genossin!“ Wenig friedlich, wenn sich bei der Oper und der Babenberg-Passage Demonstranten mit Hakenkreuzen herumtreiben (21. Dezember) in Anwesenheit von Polizisten. Ist denn der Verkauf und das Tragen von Hakenkreuzen und Nazi-Emblemen schon erlaubt?

Freizügig die rasche Eröffnung des Terror-Werbebüros (Habash-Leute) — ein Garant für ablenkende Sensationen.

Sollten alte Genossen alles vergessen oder schneller sterben — oder sollten wir nicht eine Gewissenskontrolle auslösen?

Mit unserem alten „Freundschaft!“ Euer
E. S. (Wien, XVII.)

*

Mit diesem Brief haben wir uns eingehend befaßt, und wir danken Dir, lieber Genosse E. S. aus Wien XVII., für Dein Schreiben. Vor allem deswegen, weil Du damit unserer Genossin, die Auschwitz und Birkenau überlebt und diesen Beitrag für unsere Zeitung aus eigenem, bitterem Erleben verfaßt hat, die Möglichkeit gibst, nochmals ausführlicher zu einem Problem Stellung zu nehmen, das zu unser aller Schande eigentlich noch immer, wie man in unserer modern gewordenen Medien-Phraseologie heutzutage zu sagen pflegt, „ungelöst im Raum schwebt...“! Und diese Antwort ist nicht nur an Dich allein, sondern wieder an uns alle gerichtet!

Die Empörung, die aus diesem Leserbrief spricht, verstehe ich voll und ganz.

An dem Tag, nach dem der Bundeskanzler im Fernsehen sich vor Peter gestellt hatte, begrüßte ein Mann einen Verkäufer im Konsummarkt laut mit „Heil Hitler!“ — „Heil Hitler; jetzt kann man es ja endlich wieder offen sagen“, lautete die Antwort. Was man uns alten KZlern in den Tagen der Peter-Wiesenthal-Affäre zugemutet hat, war wirklich unerträglich.

Vielleicht habe ich nur deshalb versuchen können, trotz allem mit ruhiger Distanz zu differenzieren, weil ich mich, obwohl Häftling vom 20. Februar 1942 bis 1. Dezember 1944 in Auschwitz — (also auch unter Höß!) — doch als nichtjüdische Häftlingsärztin dort in ungleich besseren Lebensverhältnissen befand als meine jüdischen Kameraden.

Trotzdem empfinde auch ich das, was man uns seit 30 Jahren in steigendem Ausmaß zumutet, als unerträglich. Der Höhepunkt der Unerträglichkeit aber war, daß Peter den Bundeskanzler nach Theresienstadt begleitet hat — justament.

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 10—12, Dezember 1975, Seite 3 ff.

Wie sollen wir uns in einer Welt, die nicht mehr die unsere ist, in solchen Fragen verhalten? Doch wohl besser nicht so, daß man uns vorwerfen kann, wir hätten in unserer Verbitterung unser Unterscheidungsvermögen verloren!

Es gab die Ausnahmen, wie den SS-Mann, der in die Wachmannschaft von Auschwitz geraten war, ohne recht zu wissen wie, und der nicht ohne ein gewisses Risiko mit einem Häftling fraternisierte, der alles tat, um wenigstens vom Zentrum des Verbrechens loszukommen. Und es gab und gibt Menschen, wie etwa Speer, die ehrlich eingesehen haben, daß sie durch ihre Mitwirkung schuldig geworden sind und die es echt bereuen. Wenn wir nicht lernen, mit diesen Menschen, die sich noch unter dem Faschismus oder nachher von seinen Untaten distanzieren, so machen wir nicht nur uns selbst das Leben in unserer Zeit unerträglich, man wird auch immer noch weniger auf unsere Gefühle Rücksicht nehmen und man wird uns nicht mehr zu billigen, daß wir nicht nur nicht vergessen wollen, sondern gewisse Dinge auch niemals verzeihen können.

Ich habe diesen Artikel auch in der „AZ“ veröffentlicht und die zwei Beispiele eines menschlich positiven Verhaltens von Nazis geschildert, um den Gegensatz zu der Person Friedrich Peters ganz deutlich zu machen; zu dem Mann, der nicht nur in seiner Jugend — vielleicht verführt — sich an den Aktionen einer verbrecherischen Organisation beteiligt hat und in ihr offenbar großes Ansehen erwerben konnte, sondern der auch heute noch kein Wort des Bedauerns darüber findet, daß er Mitglied eines Mordkommandos war!

Die Schilderung der zwei anderen Fälle sollte nicht verniedlichen, was damals geschehen ist, im Gegenteil! Sie sollte den Hintergrund bilden, von dem sich ein Mensch, wie Parteiohmann Peter, grell abhebt: Der keinen einzigen Fall nennen kann, in dem er versuchte, den von seiner Brigade Verfolgten zu helfen, der gar nicht behauptet, er habe versucht, von diesem Einsatz wegzukommen, der noch darauf stolz ist, gegen Partisanen gekämpft zu haben, ohne zu erwähnen, daß nach einem Erlaß Himmlers „jeder in dem betroffenen Gebiet angetroffene Jude als Partisane anzusehen und zu behandeln sei“ (!) und der sich dabei anscheinend so herorgetan hat, daß er zu der kleinen „Elite“ gehörte, die dafür noch einen Orden bekam.

Ich wollte zeigen, daß andere SSler sich damals oder doch nachher anders verhalten haben und daß ein Mann, der versucht hat, mit der Lüge vom „Kriegseinsatz“ über all das hinwegzukommen, für uns inakzeptabel ist. Es tut mir leid, daß mich der Kamerad S. nicht verstanden hat.

Eure E. L. (Wien IV.)

Unter die beispiellosen Verbrechen der Vergangenheit kann kein Schlußstrich gezogen werden. Die Erinnerung an die Verbrechen einer grausamen Diktatur muß im Bewußtsein der Bevölkerung wachgehalten werden, wenn man rechtzeitig neuen faschistischen Gefahren wehren will.

Mitläufer

Nie schrie er häufiger

„Heil!“

als in jener Zeit,

die er heute dezent

„Die Jahre des Unheils“ nennt.

Festschrift für Christian Broda

Zum 60. Geburtstag von Justizminister Dr. Broda ist eine Festschrift erschienen, zu der prominente Autoren Beiträge geliefert haben: Bruno Kreisky schrieb das Vorwort, Hertha Firnberg, Heinz Fischer, der schwedische Justizminister Lennart Geijer, der ÖVP-Abgeordnete Walter Hauser, Univ.-Prof. Walther Kastner, Staatsanwalt Heinrich Keller, Präsident des Oberlandesgerichtes Innsbruck Karl Kohlegger, Univ.-Prof. Norbert Leser, Univ.-Prof. Friedrich Nowakowski, Präsident des Obersten Gerichtshofes Franz Pallin, Mitglied des Verfassungsgerichtshofes Wilhelm Rosenzweig, Obmann des Vereines für Bewährungshilfe Elisabeth Schilder, Univ.-Prof. Fritz Schwind, der Psychiater Wilibald Sluga, Dozent Heinz Steinert, Univ.-Prof. Stephan Verosta und der deutsche Justizminister Hans-Jochen Vogel sind die Autoren der im Europaverlag erschienenen Festschrift.

Bei einer Geburtstagsfeier für Minister Christian Broda am Samstag, dem 13. März 1976, an der neben vielen Vertretern des Rechtswesens, der Wirtschaft, Politik und Kunst auch alte Freunde des Jubilars aus der Widerstandsbewegung teilnahmen, hielt in Vertretung Kreiskys Genossin Hertha Firnberg eine überaus herzliche Festrede, bei der sie vor allem die Tätigkeit Brodas als Reformator und Erneuerer des österreichischen Rechts würdigte.

An der Feier nahmen auch der deutsche Justizminister Vogel, der schwedische Justizminister Geijer und der Justizminister von Nordrhein-Westfalen und Vorsitzende des rechtspolitischen Ausschusses des Parteivorstandes der SPD, Dr. Dieter Posser, teil.

Freiheitskämpfer besuchten Israel

Eine Gruppe sozialistischer Freiheitskämpfer aus Wien, Niederösterreich und Burgenland bereiste in der ersten Märzwoche Israel, wobei viele markante Orte und historische Stätten besucht wurden. Einen ausführlichen Bericht über diese eindrucksvolle Reise werden wir voraussichtlich in der nächsten Nummer unserer Zeitung veröffentlichen.

In Yad Washem, der Gedenkstätte für sechs Millionen ermordeter Juden, legte unsere Delegation unter ergreifendem Schweigen einen Kranz nieder.



Paul Kohn gestorben

Im Alter von 74 Jahren ist Genosse Dr. Paul Kohn am Donnerstag, dem 22. April 1976, in Wien an den Folgen einer schweren Krankheit gestorben.

Genosse Kohn, der sich zur Zeit des Austrofaschismus der sozialistischen Bewegung anschloß, wurde als Kreisleiter der Revolutionären Sozialisten verhaftet. Im Jahre 1938 emigrierte er zuerst nach Frankreich, später dann gelang es ihm, nach Amerika zu kommen, wo er seine Studien abschloß.

Nach 1945 war Kohn bis zu seiner Pensionierung einer der leitenden Beamten der Ernährungsorganisation der Vereinten Nationen FAO.

Unter dem Pseudonym Paul Anders veröffentlichte er vor allem in der „Zukunft“ zahlreiche vielbeachtete analytische Beiträge zu Entwicklungsfragen. Auch für „Amnesty International“ war der international bekannte österreichische Sozialist viele Jahre lang tätig. Und wenn es galt, irgendwo helfend einzugreifen, dann war Genosse Kohn stets zur Stelle; unser Gruß „Freundschaft!“ war ihm immer mehr als ein Lippenbekenntnis.



Kein BVA-Behandlungsbeitrag für Inhaber von Amtsbescheinigungen

Nach dem Opferfürsorgegesetz in der Fassung der 23. Novelle haben die Träger der Krankenversicherung gemäß § 12 (2) mit Wirkung ab 1. Jänner 1975 den Inhabern einer Amtsbescheinigung und Empfängern einer Rentenfürsorgeleistung die Leistungen in dem Umfang zu gewähren, in dem sie einem bei der örtlich zuständigen Gebietskrankenkasse Pflichtversicherten nach Gesetz und Satzung zustehen, sofern sie jene Leistungen übersteigen, die der zuständige Träger der Krankenversicherung nach den für ihn geltenden Vorschriften zu erbringen hätte.

Die solcherart den Krankenversicherungsträgern entstandenen Mehraufwendungen werden seitens des Bundesministeriums für soziale Verwaltung ersetzt. Dies ist insbesondere für den gemäß § 63 Abs. 4 B-KUVG anfallenden Behandlungsbeitrag der BVA von Bedeutung. Der Behandlungsbeitrag ist somit nicht einem Versicherten vorzuschreiben, der Inhaber einer Amtsbescheinigung ist, sondern seitens der Anstalt vom Bundesministerium für soziale Verwaltung einzufordern.

Was muß der Versicherte tun? Vorlage der Amtsbescheinigung oder des letzten Rentenabschnittes über seinen allfälligen Mehrleistungsanspruch nach § 12 OFG bei der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter (Standesführung oder Leistungsschalter). Auf Grund der BVA-internen Vormerkung gelangt sohin in der Folge der Behandlungsbeitrag nicht zur Vorschreibung.

Aus dem Wiener Landesverband

Die Bezirke berichten:

Wieden

Wir gratulieren! Am 18. März 1976 feierte unser Genosse Alfred Gabmayer bei bester Rüstigkeit und Gesundheit den 70. Geburtstag. Schon seit frühester Jugend in unseren Reihen, war Genosse Siegfried Gabmayer in verschiedenen Funktionen tätig. Als ehemaliger Schutzbündler und illegaler Mitkämpfer gehört er zu jenen Funktionären, auf die man sich stets verlassen kann.

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer danken ihm aus vollem Herzen für seine Treue und für seine Hingabe an die Idee des Sozialismus, wir alle hoffen, daß er noch viele Jahre gemeinsam mit uns für Freiheit und Demokratie wirken kann. Nochmals alles Gute und „Freundschaft!“

*

Leopold Schmid — 75. Geburtstag. Unser Genosse Professor Leopold Schmid feiert am 16. Juli 1976 seinen 75. Geburtstag und wir beglückwünschen ihn schon heute als die ersten Gratulanten.

Er wurde in Wien geboren und wirkte hier in seiner Vaterstadt mit Ausnahme jener Zeit, während der er vom Hitler-Regime ein Arbeitsverbot erhielt. Er übte neben seiner künstlerischen Tätigkeit auch viele Funktionen aus, die alle aufzuzählen gar nicht leicht ist: Vizepräsident des Wiener Künstlerhauses, Leiter der Ausstellungskommission, und manche andere. Er war Inhaber mehrerer Staatspreise, besitzt den Preis der Stadt Wien für angewandte Kunst und

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossen und Genossinnen mitgearbeitet: Paul Blau, Anna Fürst, Walter Hacker, Wilhelm Herzog, Josef Hindels, Leo Lesjak, Rudolfine Muhr, Kurt Stimmer, Rudolf Trimmel, Ernst Winkler.

Adreßänderungen bekanntgeben

Wir haben von unserer letzten Aussendung wieder viele Stücke mit verschiedenen Vermerken der Post zurückbekommen und bitten daher neuerlich, uns immer so bald wie möglich eine Meldung zu machen, wenn sich Veränderungen im Stand unserer Mitglieder ergeben.

Auch von unserer Zeitung sind letzstens wieder viele Exemplare zurückgekommen, auf denen der postalische Vermerk „unzustellbar“ angebracht war.

Wissenschaft und wurde 1952 mit dem Professor-Titel ausgezeichnet. Aus Anlaß seines Geburtstages findet auch im Künstlerhaus in Wien eine wirklich sehenswerte Ausstellung statt.

Genosse Leopold Schmid gehört unserem Bund schon viele Jahre an und erhielt für sein verdienstvolles Wirken im Kampf gegen Antisemitismus, Rassismus und die neonazistischen Umtriebe der jüngsten Zeit schon viele Ehrungen. Und so wünschen wir ihm, er möge noch viele Jahre in ungebrochener Gesundheit wirken und um uns sein wie bisher. Nochmals alles Beste, lieber Genosse Professor, und ein herzliches „Freundschaft!“ ganz besonders von Deinen Kampfgefährten!

*

Friedrich Hayek †. Am 15. April 1976 hat uns unser Genosse und Kampfgefährte Friedrich Hayek für immer verlassen.

Die Trauerfeier fand am Mittwoch, dem 28. April 1976, unter großer Beteiligung seiner Verwandten und Bekannten, sowie seiner vielen Freunde, im Ottakringer Friedhof statt. Genosse Friedrich Hayek war ein eifriger Mitarbeiter in der sozialdemokratischen Bewegung und mit ihm ist ein Menschenfreund, ein aufrechter und mutiger Sozialist für immer von uns gegangen.

Unser Obmann, Genosse Franz Marks, und Genossin Steffi Fahn sprachen im Namen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus das aufrichtige Beileid aus. Wir danken ihm für seinen Einsatz und seine Opferbereitschaft; wir werden ihn „Niemals vergessen!“

Neubau

Jahresversammlung. Am Donnerstag, dem 4. März 1976, hielt die Bezirksgruppe Neubau im Heim der SPÖ-Bezirksorganisation, Wien 7, Neubaugasse 25, ihre Jahresversammlung ab. Der Obmann der Bezirksgruppe, Genosse Willy Jeindl, konnte unter den überaus zahlreich erschienenen Mitgliedern die Referentin Genossin Anneliese Albrecht, den Bezirksobmann Genossen Hans Brosch und den Bezirksvorsteher Genossen Walter Wana begrüßen.

Da gegen die vorgeschlagene Tagesordnung keine Einwände erhoben wurden und sie damit als genehmigt galt, berichtete der Obmann, Genosse Willi Jeindl, über die Arbeit der Bezirksgruppe, über die Kundgebungen, die aus Anlaß des Gedenkens „30 Jahre Befreiung von Faschismus“ in ehemaligen Konzentrationslagern, Gedenkstätten und an den Gräbern unserer im Freiheitskampf gefallenen und ermordeten Freunde und Schicksalsgenossen stattgefunden haben. Er wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es heute leider auch unter unseren Parteimitgliedern Leute gibt, die vom Freiheitskampf aus mancherlei „Gründen“ nichts hören und wissen wollen, indem sie sagen: „Hört doch endlich auf damit; es ist doch alles schon so lange her und wir haben ja ohnehin schon die Freiheit!“

Aber allen diesen Leuten sei gesagt: Wir haben unter heute bei uns unvorstellbaren Gefahren für unsere Überzeugung, für unsere Ideale und für unser aller Freiheit mit Wort und Schrift, viele von uns mit der Waffe in der Hand gekämpft, ungezählte Freunde und Kampfgefährten sind in den Kerkern und Konzentrationslagern der faschistischen Verbrecherbanden zu Tode gefoltert worden. Wir werden daher niemals aufhören, jene Menschen, die dieses Grauen nicht erleben mußten, unermüdet darüber aufzuklären und zu warnen. Und wir werden die mit so viel grauenvollen Opfern errungene Freiheit mit allen Mitteln verteidigen. Wir werden aber auch immer das Andenken an unsere ermordeten Genossinnen und Genossen in Ehren halten und ihren Opfer-tod niemals vergessen!

Dann berichtete Genosse Heinrich Kölbl über den Solidaritätsfonds, der zur Unterstützung der Opfer und deren Angehörigen in den noch immer von Faschisten unterdrückten Ländern dienen soll. Er verwies darauf, daß nach dem Februar 1934 auch in Österreich die Opfer und deren Angehörige durch die Internationale Solidarität vor der größten materiellen Not bewahrt werden konnten, und appellierte an alle Genossinnen und Genossen, nun ihrerseits ihre Solidarität mit allen unterdrückten Menschen durch Spenden zu bekunden. Durch eine spontane Sammelaktion konnte der Bezirksorganisation am Schluß der Versammlung ein größerer Geldbetrag zur Weiterleitung an den Solidaritätsfonds übergeben werden.

Nun erfolgte die Ehrung von zwölf Mitgliedern der Bezirksgruppe. Sie alle sind auch in der Zeit des Faschismus ihrer Gesinnung und unserer Partei treu geblieben und waren deshalb vielen Verfolgungen ausgesetzt. Der Obmann konnte den Genossinnen Helene Paschkesz, Auguste Raffel, Auguste Schacherl und den Genossen Franz Mödlagl, Josef Sefcik, Karl Tod, Siegfried Weiss und Ferdinand Wostoupal das ihnen vom Bundesvorstand über Antrag der Bezirksgruppe verliehene Goldene Abzeichen überreichen. Den Genossen Hans Dauberger, Oskar Fürst, Johann Geringer und Doktor Reinhold Melas, denen dieses Ehrenzeichen ebenfalls verlie-

hen worden war, konnte es wegen Krankheit nicht bei der Jahresversammlung überreicht werden. Die Genossen Jeindl, Kölbl und Skala werden es daher persönlich überbringen.

Der nun folgende Bericht der Kontrolle, den Genosse Eugen Skala erstattete, wurde einstimmig zur Kenntnis genommen und dem scheidenden Ausschuß die Entlastung erteilt.

Bei der anschließenden Wahl des Ausschusses wurden einstimmig folgende Genossinnen und Genossen gewählt:

- | | |
|----------------|---|
| 1. Obmann: | Genosse Willy Jeindl |
| 2. Obmann: | Genosse Heinrich Kölbl |
| Kassier: | Genosse Willy Jeindl |
| Schriftführer: | Genossin Margit Cernetz |
| Kontrolle: | Die Genossen Eugen Skala und Leopold Starkl |

Genosse Jeindl dankte im Namen des Ausschusses für das Vertrauen und versprach, auch in Zukunft, so wie bisher, nach besten Kräften weiterzuarbeiten. Der Obmann ersuchte nun die Genossin Anneliese Albrecht, das Wort zu ihrem Referat zu ergreifen.

Genossin Albrecht befaßte sich zuerst mit den Berichten der Genossen Jeindl und Kölbl und erklärte, sie sei ebenfalls davon überzeugt, daß wir notfalls auch wieder mit der Waffe in der Hand für die Freiheit kämpfen würden; daß sie aber hoffe, es werde nie wieder dazu kommen. Denn in unserem demokratischen Staatswesen sind wir alle dafür die Garanten. Daß alle Sozialisten ihre Solidarität mit den unterdrückten Völkern der ganzen Welt durch die tatkräftige Unterstützung des Solidaritätsfonds beweisen werden, ist für die österreichischen Genossinnen und Genossen besonderes Anliegen.

Dann kam Genossin Anneliese Albrecht zum eigentlichen Referat: „Die Aufgaben der sozialistischen Parteien in Europa — ist Terror die Lösung?“ Die Referentin hatte sich damit fürwahr kein leichtes Alltagsthema gewählt. Denn in einer Zeit, in der sich blutrünstige, brutalste Killerkommandos bemerkbar machen, die Mord, Gewalttat oder simplen Meuchelmord als Widerstand oder Befreiungskampf ausgeben, haben die Sozialisten Aufgaben, bei denen es auf humanitäre und grundsatzfeste Standpunkte ankommt. Denn Verbrechen bleiben Verbrechen, darüber kann die nachträgliche „Begründung“ unter Mißbrauch noch so hochtrabender Phrasen oder die „Übernahme der Verantwortung (!)“ durch irgendeine ansonsten unbekannte obskure Gruppierung nicht hinwegtäuschen.

Wer Mord oder Gewalttat mit dem Widerstandskampf verquicken möchte, der bei uns und in Europa gegen das verbrecherische System des Faschismus, des Nationalismus und seine blutrünstigen Häscher geführt worden ist, der schändet in Wahrheit das Andenken an die Märtyrer unseres Kampfes. Und darum müssen Sozialisten in aller Welt, müssen wir selbst alles tun, damit nicht Gedankengänge popularisiert werden, bei denen kaltschnäuziger Mord von Haus aus einkalkuliert wird. Darum auch unser „Niemals vergessen!“

Das Referat wurde mit großem Interesse und viel zustimmendem Beifall aufgenommen und Genosse Jeindl dankte der Genossin Albrecht für ihre wirklich sehr aufschlußreichen Ausführungen.

Nachdem noch einige Anfragen besprochen und beantwortet worden waren, dankte der Obmann auch allen Anwesenden für ihr Erscheinen und schloß die Versammlung mit einem herzlichen „Freundschaft!“

Favoriten

Stefanie Koci †. Unsere liebe Steffi ist im Alter von 72 Jahren gestorben. Die Bezirksgruppe verliert mit ihr eine langjährige, treue Mitarbeiterin, die bis zuletzt eine schier un-



glaubliche Aktivität entwickelt und dem Gruppenleben ihre persönliche Note aufgeprägt hat. War sie doch schon seit ihren jungen Jahren eine überzeugte Sozialistin, die unserer Idee mit ganzem Herzen ergeben gewesen ist. Sie kam aus kleinbürgerlichem Elternhaus und war von Beruf Kürschnerin; ein Beruf, den sie mit viel Liebe und Freude ausübte. Aber aus Gesundheitsgründen mußte sie diesen frühzeitig aufgeben. Im Betrieb kam sie mit dem sozialistischen Gedankengut in Berührung, wurde 1923 Parteimitglied und eifrige Mitarbeiterin. Bis 1934 war sie in verschiedenen Funktionen in der Bezirksorganisation Favoriten und der Sektion 14 tätig. Dann war Steffi

in den Reihen der Revolutionären Sozialisten tätig. Dauernd verfolgt und bei unzähligen Verhören gepeinigt, blieb sie immer der Idee des Sozialismus treu.

Genossin Koci war auch Trägerin des Goldenen Parteiabzeichens für 50jährige Mitgliedschaft und unser Bundesvorstand hatte ihr schon vor Jahren* das Goldene Abzeichen der Freiheitskämpfer verliehen. Dabei besaß die stets aktive Kämpferin auch in der schwersten Zeit der Illegalität bei aller Tatkraft tiefstes menschliches Verstehen für die Nöte anderer. Ihr gewinnendes Wesen wird uns sehr fehlen. Wir werden ihr stets ein ehrendes Gedenken bewahren und unsere Steffi niemals vergessen!

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Sondernummer Juni 1971, S. 35.

Jahresversammlung. Bei der Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe am Freitag, dem 13. Februar 1976, die im Arbeiterheim Favoriten abgehalten wurde, referierte Genosse Dr. Josef Schneeweiß über „Spanien — gestern und heute“, ein Referat, das bei allen Genossinnen und Genossen größtes Interesse und ungeteilten, begeistertsten Beifall fand; war doch unser Referent bekanntlich selbst aktiver Spanienkämpfer!

Vor dem Referat wurden alle Berichte der Funktionäre entgegengenommen und dem scheidenden Ausschuß war die Entlastung erteilt worden. Dann folgten die Neuwahlen, die folgendes Ergebnis brachten:

- | | |
|-------------------|--|
| 1. Obmann: | Genosse Hans Schiller |
| 2. Obmann: | Genosse Karl Milota |
| 1. Schriftführer: | Genosse Kurt Polednik |
| 2. Schriftführer: | Genossin Steffi Bauer |
| 1. Kassier: | Genosse Karl Mach |
| 2. Kassier: | Genossin Lia Platzer |
| Opferreferent: | Genosse Hans Grassl |
| Karteiführer: | Genosse Karl Mach |
| Kontrolle: | Die Genossen Leopold Janda und Josef Schäukel |
| Beisitzer: | Die Genossinnen Viktoria Pichler, Maria Polednik, Maria Schleicher und Anna Zahradnik sowie die Genossen Helmut Eder, Franz Falkenburger, Rudolf Jawurek, Alois Lampoldt, Karl Prihoda, Heinz Roller, Hans Schulz, Leopold Swoboda und Karl Zwerschitz |

Als Vertreter der Jungen Generation wurde Genossin Dr. Ruth Lichtenberg in den Ausschuß gewählt.

Simmering

Jahresversammlung. Am 13. Februar 1976 fand die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe statt. Genosse Ladislaus Zib begrüßte alle Anwesenden und gab die Tagesordnung bekannt; sie wurde einhellig zur Kenntnis genommen.

Dann gedachte der Obmann, Genosse Zib, der drei Genossinnen und der sechs Genossen, die uns der Tod im Berichtszeitraum entrissen hatte. Besonders würdigte er zwei verdiente Genossen, den früheren Bezirksvorsteher, Genossen Franz Haas, und unseren Genossen Karl Faifrzyk.

In seinem Bericht über die Tätigkeit der Bezirksgruppe erwähnte Genosse Zib die politischen und kulturellen Veranstaltungen, welche in den vergangenen zwei Jahren stattgefunden hatten, sowie die sechs Autofahrten.

Die Bezirksgruppe umfaßte am 31. Dezember 1975 194 Genossinnen und 257 Genossen, zusammen also 451 Mitglieder. Und Genosse Zib sprach allen Mitarbeitern, die es ermöglicht haben, Simmering zur stärksten Gruppe der Freiheitskämpfer aufzubauen, seinen herzlichen Dank aus.

Anschließend folgte der Kassabericht des Genossen Rudolf Wolf und der Kontrollbericht des Genossen Eduard Schubert. Die Entlastung des scheidenden Ausschusses wurde einstimmig beschlossen.

Zur darauffolgenden Neuwahl des Bezirksausschusses erstattete der Obmann des Wahlkomitees, Genosse Gustav Fuchs, folgenden Wahlvorschlag:

- | | |
|------------------------|--|
| 1. Obmann: | Genosse Ladislaus Zib |
| 2. Obmann: | Genosse Eduard Riedl |
| 3. Obmann: | Genosse Kurt Schmidt |
| 1. Kassier: | Genosse Rudolf Wolf |
| 2. Kassier: | Genossin Paula Ihm |
| 1. Schriftführer: | Genossin Maria Birnbauer |
| 2. Schriftführer: | Genossin Ida Prasch |
| 1. Katasterführer: | Genosse Rudolf Marschal |
| 2. Katasterführer: | Genosse Josef Petrus |
| Opferfürsorgereferent: | Genosse Kurt Schmidt |
| Beisitzer: | Die Genossin Marie Meyer sowie die Genossen Herbert Exenberger, Josef Josifek, Ottokar Kickingner, Adolf Mraz, Heinrich Petrik, Walter Spindler, Robert Vocel und Fritz Wlach. |
| Kontrolle: | Die Genossen Eduard Schubert und Stefan Achatz. |

Der Wahlvorschlag wurde von der Versammlung einstimmig angenommen.

Dann hielt unser Obmann, Genossin Rosa Jochmann, das Referat. Sie erinnerte an die furchtbaren Februartage des Jahres 1934 und ermahnte in ergreifenden Worten die Jugend, die Erinnerung an die Helden dieser Zeit lebendig zu erhalten und den Kampf gegen den Faschismus und die Unfreiheit in der Welt weiterzuführen. — Auch sie dankte allen Mitarbeitern der Bezirksgruppe für die vorzügliche Arbeit, die in den vergangenen Jahren geleistet wurde.

Genosse Zib dankte der Genossin Rosa Jochmann für ihr ausgezeichnetes Referat und allen Anwesenden für ihr Kommen zur diesjährigen Jahresversammlung der Bezirksgruppe.

Die Versammlung wurde mit einem gemütlichen Beisammensein mit Musik abgeschlossen.

Wir bitten alle Genossen, die uns Briefe, Berichte oder Beiträge einsenden, welche für unsere Zeitung „Der sozialistische Kämpfer“ bestimmt sind, solche Manuskripte mit einer Zeile Zwischenraum (zweizeilig) abzufassen und den Bogen Papier immer nur einseitig zu beschreiben.

Gedenkstätte für die Opfer des österreichischen Freiheitskampfes Wien 1, Saltorgasse 6

Besuchszeiten:

Montag: 14 bis 18 Uhr
Donnerstag: 8 bis 12 Uhr
Samstag: 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr
Sonntag: 9 bis 12 Uhr

Meidling

Jahresversammlung. Die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe fand am 13. Februar 1976 statt. Nach den Berichten der einzelnen Funktionäre erstattete der Wiener Landesobmann unseres Bundes, Genosse Robert Blau, ein ausführliches Referat über die Novellierung des Opferfürsorgegesetzes und erläuterte die beachtlichen Verbesserungen, über die auch in unserer Zeitung berichtet worden ist. Auch dem „Jahr der Frau“ widmete der Referent einen Teil seiner Ausführungen.

Die Bezirksgruppe hat im Berichtszeitraum wieder vier verdiente Freiheitskämpfer verloren: Die Genossin Berta Kratochwil sowie die Genossen Josef Heidl, Robert Hlawatsch und Hubert Kralicek. Wir werden ihnen allen stets ein ehrendes Gedenken bewahren und unsere Arbeit in ihrem Geiste weiterführen. „Niemals vergessen!“

Bei den anschließenden Wahlen wurden folgende Genossinnen und Genossen einstimmig gewählt:

- | | |
|----------------|---|
| 1. Obmann: | Genosse Johannes Cäsar |
| 2. Obmann: | Genossin Helene Potetz |
| Kassier: | Genossin Anna Fürst |
| Schriftführer: | Genossin Helene Potetz |
| Kontrolle: | Die Genossen Friedrich Laube und Walter Mautner |

Die Jahresversammlung wurde mit einem Lichtbildvortrag unseres Genossen Herbert Solinger abgeschlossen, der sehr beifällig aufgenommen wurde.

Ottakring

Jahresversammlung. Bei der Jahresversammlung, die am 19. Februar 1976 abgehalten wurde, konnte unser 2. Obmann, Genosse Franz Linnert, zahlreiche Genossinnen und Genossen begrüßen; insbesondere den Referenten des Abends, Genossen Dr. Heinrich Keller vom Bundesministerium für Justiz. Vor Eingang in die Tagesordnung, die ohne Gegenstimme genehmigt worden war, gedachte der Obmann unserer verstorbenen Genossinnen und Genossen. Und stellvertretend für alle Kampfgefährten, die uns im Berichtszeitraum verlassen haben, ehrte Genosse Linnert unseren Genossen Josef J. Fidra*, der als Schutzbündler einer der Verteidiger des Ottakringer Arbeiterheimes war, verhaftet und zum Tode verurteilt wurde. Erst knapp vor seiner Justifizierung war er begnadigt worden und erhielt 15 Jahre schweren Kerker.

Dann folgten die Berichte des Obmannes, des Kassiers und der Kontrolle, die von den Versammelten einhellig genehmigt wurden. Auch die Entlastung des Vorstandes, die Genosse Rudolf Grasgruber namens der Kontrolle beantragt hatte, wurde einstimmig angenommen.

Genosse Franz Linnert überreichte dann folgenden Genossinnen und Genossen das ihnen vom Bundesvorstand über Antrag der Bezirksgruppe verliehene Goldene Abzeichen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer: Emma Leitlmeier, Josef Dominko, Josef Grasgruber und Rudolf Grasgruber. Für die geehrten Kampfgefährten dankte Genosse Rudolf Grasgruber mit bewegten Worten.

Dann erstattete Genosse Röschl den folgenden Wahlvorschlag:

- | | |
|---|---|
| 1. Obmann: | Genosse Friedrich Eibicht |
| 2. Obmann: | Genosse Franz Linnert |
| 1. Kassier: | Genosse Hans Segulin |
| 2. Kassier: | Genosse Leopold Herzog |
| Schriftführer: | Genosse Gustav Hagner |
| Kontrolle: | Die Genossen Rudolf Grasgruber und Hans Hezuki |
| Delegierte zur Bezirkskonferenz: | Die Genossen Friedrich Eibicht und Franz Linnert |
| Delegierte zur Landeshauptversammlung: | Die Genossen Friedrich Eibicht, Grasgruber, Gustav Hagner, Franz Linnert und Hans Segulin |
| Delegierte zur Bundeshauptversammlung: | Die Genossen Friedrich Eibicht, Gustav Hagner, Franz Linnert und Hans Segulin |

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen.

Dann referierte Genosse Dr. Keller über Fragen der Rechtspolitik und analysierte dabei eingehend die Rechtsstruktur in einer Demokratie und in einer Diktatur. Und er wies un-

* Vgl.: „Der sozialistische Kämpfer“, Nr. 1—3, Jänner/Februar/März 1976, Seite 16.

ter anderem auch darauf hin, daß schon am 20. August 1938 die Verordnung über die Sondergerichte in der damaligen „Ostmark“ erlassen wurde. Genosse Keller kam auch auf das Problem einer sozialen Rechtsprechung zurück und verwies auf die Toleranz der Richter bei der Bestimmung des Strafmaßes im Rahmen des Strafgesetzes. Auch das Problem der Zweisprachigkeit in den von nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten wurde behandelt, wobei der Referent die Schwierigkeiten aufzeigte, die dabei entstehen oder entstehen könnten.

Das Referat des Genossen Dr. Heinrich Keller wurde mit großem Interesse verfolgt und der Vorsitzende dankte unter dem lebhaften Beifall der Versammlung für die tiefeschürfenden Ausführungen.

Den Abschluß der Jahresversammlung bildete die Vorführung des Films „KZ Dachau“, der einmal mehr erneut bekräftigte, wie berechtigt unsere Mahnung „Niemals vergessen!“ gerade in der heutigen Zeit ist.

Brigittenau

Willibald Schaden †. Unser Genosse Willibald Schaden ist am 7. März 1976 im 75. Lebensjahr gestorben. Er war Angestellter der Wiener Stadtwerke und schon seit seiner frühesten Jugend Mitglied und Mitarbeiter unserer Partei.

Nach dem letzten Krieg war er auch Funktionär der Sozialistischen Freiheitskämpfer der Brigittenau. Aus seinem Leben wollen wir etwas Besonderes hervorheben: Genosse Schaden war fast 40 Jahre verheiratet und mußte während der Zeit des Faschismus aus den Diensten der Gemeinde Wien ausscheiden, weil er sich von seiner Frau nicht scheiden lassen wollte. Es war eine schwere Zeit, denn da seine Frau als U-Boot leben mußte, gab es nur Lebensmittelscheine für eine einzige Person. Aber seine Gattin und er kämpften sich durch und überlebten diese dunkelste Zeit des Faschismus. Beim Wiederaufbau der Zweiten Republik und der Sozialistischen Partei halfen beide sogleich wieder aktiv mit. Genosse Schaden wurde für seine 50jährige Parteizugehörigkeit mit dem Goldenen Parteiabzeichen und vom Bundesvorstand der sozialistischen Freiheitskämpfer mit dem Goldenen Abzeichen geehrt. Wir alle werden unserem Genossen Schaden stets ein dankbares und ehrendes Angedenken bewahren!



Aus den Landesorganisationen

Steiermark

Kapfenberg. Cäzilia Draxler. † Die Bezirksgruppe Kapfenberg beklagt den Verlust der Genossin Cäzilia Draxler, die kürzlich im 78. Lebensjahr verstorben ist. Sie war über 50 Jahre Mitglied unserer Sozialistischen Partei und Trägerin des Goldenen Abzeichens.

Bei der Verabschiedung in der Aufbahrungshalle in Kapfenberg sprach Genosse Schiemel tiefempfundene Abschiedsworte, und der Männerchor „Stahlklang“ umrahmte die Feierlichkeit mit einem Trauerchoral.

Wir werden unserer Genossin Cäzilia Draxler stets ein ehrendes Gedenken bewahren. „Niemals vergessen!“

Kapfenberg. Christine Scheer †. Die Bezirksgruppe Kapfenberg hat wieder einen schweren Verlust erlitten: Im 78. Lebensjahre verstarb plötzlich unsere Genossin Christine Scheer. Sie war die Witwe nach dem seinerzeitigen Hafendorfer Bürgermeister und Schutzbundkommandanten, dem Genossen Ludwig Scheer.

Die Verabschiedung erfolgte in der Aufbahrungshalle in Kapfenberg. Genosse Schiemel sprach namens der Sozialisti-

schen Partei sowie auch im Namen der Sozialistischen Freiheitskämpfer tiefempfundene Abschiedsworte. Der Männerchor „Stahlklang“ brachte einen ergreifenden Trauerchoral zum Vortrag.

Wir werden unsere Genossin Christine Scheer niemals vergessen!

Kapfenberg. Februarkundgebung. Gemeinsam mit der Sozialistischen Partei haben die Mitglieder unserer Bezirksgruppe am 12. Februar auch im heurigen Jahr unseren traditionellen Schweigemarsch zum Gedenkstein auf dem Friedhof durchgeführt und einen Kranz niedergelegt.

Es nahmen auch viele Betriebsräte und Gemeinderäte an dem Schweigemarsch teil. Vor dem Gedenkstein sprach unser Bürgermeister Genosse Franz Fekete tiefempfundene Worte des Gedenkens für die vielen Opfer, die in den Jahren des Faschismus ihr Leben lassen mußten.

Kapfenberg. Jahresversammlung. Am 21. März 1976 fand im schön geschmückten Saal des Arbeiterheimes in Kapfenberg die Jahresversammlung unserer Bezirksgruppe statt. Bezirksobmann Genosse August Jaritz begrüßte die vielen Anwesenden, insbesondere den Landesobmann Genossen Hermann Lackner und den Landeskassier Genossen Franz Zechner; Bürgermeister Genosse Franz Fekete war wegen eines Kurzaufenthaltes entschuldigt. Genosse Jaritz schlug folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung und Eröffnung, 2. Wahl des Wahlkomitees, 3. Berichte, 4. Bericht des Sozialreferenten Mühlbacher, 5. Referat des Landesobmannes Genossen Lackner, 6. Neuwahlen, 7. Allfälliges.

Vor Eingang in die Tagesordnung wurde der Genossinnen und Genossen gedacht, die im Berichtsjahr gestorben sind: Wilhelmine Augustin, Cäzilia Draxler, Christine Scheer und Franz Adler. Wir werden ihnen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Zehn Genossinnen und Genossen wurde anlässlich ihres 70., 75. und 80. Geburtstages ein Geschenk überreicht. Es waren dies die Genossin Grete Fuchs sowie die Genossen Rudolf Derler, Josef Draxler, Franz Kucnik, Rupert Moser, Ignaz Pierer, Lambert Prenn, Gottfried Purkarthofer, Konrad Ranzenbacher und Franz Terbosek.

In das Wahlkomitee wurden gewählt: Die Genossinnen Steffi Haberfellner und Fanny Sulzbacher sowie Genosse Rudolf Derler.

Obmann Genosse Jaritz berichtete, daß acht Landesleitungsitzungen, zwölf Bezirksgruppensitzungen und eine Jahresversammlung abgehalten wurden. Die Sprechstunden hatten regen Zuspruch. Außerdem veranstaltete die Bezirksgruppe einen Familienabend, wozu auch die Brucker Genossen eingeladen wurden. Für Unterhaltung sorgten die Kapelle Hackl, das Jodler-Duo Leichart und der Mundartsprecher Ignaz Pierer.

Am 12. Februar und am Allerheiligentag fand wie alljährlich ein Schweigemarsch zum Mahnmahl mit Kranzniederlegung statt. Im vergangenen Jahr wurde mit den Brucker Genossen eine Fahrt zum KZ Mauthausen durchgeführt.

Genosse Jaritz schloß seinen Bericht mit Dankesworten an den Bürgermeister Genossen Franz Fekete, den Betriebsrat der Firma Böhler und den Betriebsrat der Firma Felten, die uns stete Unterstützung angedeihen ließen. Besonderer Dank aber wurde unserem Landesrat Genossen Sepp Gruber gesagt, der immer ein offenes Ohr für unsere Anliegen hatte.

Nach Erstattung des Kassenberichtes durch den Kassier Genossen Johann Schnabel, brachte Genossin Fanny Sulzbacher den Kontrollbericht. Sie stellte fest, daß die Kasse samt den Belegen genauestens überprüft und in bester Ordnung befunden wurde; sie stellte den Antrag auf Entlastung des Vorstandes. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Aus dem Bericht des Sozialreferenten, Genossen Josef Mühlbacher, ging hervor, daß in den letzten Berichtsjahren ungezählte schriftliche Ansuchen nach Wien weitergeleitet und nahezu alle in positivem Sinne erledigt wurden.

Landesobmann Genosse Hermann Lackner brachte sodann ein kurzes Referat über die politische Lage, welches mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde.

Der Sprecher des Wahlausschusses, Genosse Rudolf Derler, brachte folgende Genossinnen und Genossen zum Vorschlag:

| | |
|-------------------|---|
| 1. Obmann: | Genosse August Jaritz |
| 2. Obmann: | Genosse Josef Mühlbacher |
| 1. Kassier: | Genosse Johann Schnabel |
| 2. Kassier: | Genossin Fanny Sulzbacher |
| 1. Schriftführer: | Genosse Ignaz Pierer |
| 2. Schriftführer: | Genossin Gertrude Brunner |
| Sozialreferent: | Genosse Josef Mühlbacher |
| Kontrolle: | Die Genossin Steffi Haberfellner sowie die Genossen Rudolf Derler und Adolf Wukitschewitsch |
| Beisitzer: | Brandl, Fuchs, Reithofer |
| Subkassiere: | Haberfellner, Pierer, Reithofer, Schnabel, Sulzbacher |

Der Wahlvorschlag wurde einstimmig angenommen. Alle Genossinnen und Genossen erklärten, die Wahl anzunehmen und ihre Funktion so wie bisher nach besten Kräften auszuüben. Der wiedergewählte Obmann Genosse August Jaritz dankte in seinem Schlußwort für das Vertrauen, das durch die einstimmige Wahl des Ausschusses zum Ausdruck gekommen war, und bekräftigte, daß er nun durch weitere zwei Jahre alles daransetzen wolle, unserer Sache mit besten Kräften zu dienen.

Dann schloß er die Jahresversammlung mit unserem Gruß „Freundschaft!“ und „Niemals vergessen!“

Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)

Die Benützung der Bestände des Dokumentationsarchivs der Österreichischen Widerstandsbewegung, Altes Rathaus, Wien 1, Wipplingerstraße 8, ist jeden Montag, Mittwoch und Donnerstag in der Zeit von 8 bis 17 Uhr möglich.

1010 Wien 1, Wipplingerstraße 6—8, Stiege III
Telephon 63 07 31/332

Erscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P. b. b.

**Wenn unbestellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Wir bitten alle Mitglieder, bei Wohnungswechsel die geänderten Anschriften sofort auch dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer bekanntzugeben, damit Aussendungen und vor allem die Zeitung von den Postämtern nicht als unzustellbar zurückgeschickt werden müssen.



Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telefon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“ AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

Sprechstunden

in unseren Wiener Bezirksgruppen

- 2, Praterstern 1 Di. 16 bis 18 Uhr
3, Landstraßer Hauptstraße 96 Jeden 1. und 3. Mi.
17 bis 19 Uhr
4, Wiedner Hauptstraße 60 b Mo. 18 bis 19 Uhr
5, Siebenbrunnenfeldg. 5/Stiege 6/
Parterre links (Popp-Hof) Mi. 18 bis 19 Uhr
6, Otto-Bauer-Gasse 9 Di. 18 bis 19 Uhr
7, Neubaugasse 25 .. Jeden 1. u. 3. Di. 18 bis 19 Uhr
8, Josefstädter Straße 39 Do. 17 bis 18 Uhr
9, Marktgasse 2/I Di. 16 bis 18 Uhr
10, Laxenburger Str. 8/10/I Jeden 3. Di. 17 bis 19 Uhr
11, Simmeringer Hauptstraße 80 ... Jeden 2. u. 4. Di.
18 bis 19 Uhr
12, Ruckergasse 40 Mi. 17 bis 18 Uhr
13, Jodlgasse 7/III Do. 17.30 bis 18.30 Uhr
14, Linzer Straße 297 Jeden 1. Fr. 18 bis 19 Uhr
15, Hackengasse 13 Jeden 1. Mi. 17 bis 19 Uhr
16, Zagorskigasse 6 Do. 17.30 bis 19 Uhr
17, Röttergasse 29 (Mietervereinigung) Mo. 17 bis 18 Uhr
18, Gentzgasse 62 Jeden 1. Mo. 17.30 bis 20 Uhr
19, Billrothstraße 34 Di. 17 bis 19 Uhr
Opferfürsorge Jeden 1. u. 3. Do. 18 bis 19 Uhr
20, Raffaelgasse 11 Jeden 1. Do. 17.30 bis 19 Uhr
21, Prager Straße 9 .. Jeden 2. Di. 17.30 bis 18.30 Uhr
22, Donauefelder Str. 259 .. Jeden 2. Mo. 18 bis 19 Uhr
23, Breitenfurter Straße 358 Jeden 1. u. 3. Mo.
18 bis 19 Uhr

in unseren Fachgruppen

Polizei: Telefon 63 06 71/243

- 1, Postgasse 9, 1. Stock
Fachausschuß Montag bis Freitag
der Sicherheitsbeamten 8 bis 16 Uhr

in unseren Landesverbänden

Niederösterreich:

- Landesverband NÖ, Grillparzerstr.
Nr. 14/III, Wien 1, Landespartei-
sekretariat der SPÖ Jeden 1. Di. 9 bis 11 Uhr
B a d e n, Wassergasse 31, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
M ö d l i n g, Hauptstraße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9.30 bis 11 Uhr
W r. N e u s t a d t, Wiener Straße 42, Jeden 1. Samstag
Bezirkssekretariat der SPÖ 10 bis 12 Uhr
S t. P ö l t e n, Prandtauerstraße 4, Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 9 bis 11 Uhr
S c h w e c h a t, Rathausplatz 7 Jeden 1. Freitag
Bezirkssekretariat der SPÖ 14.30 bis 16 Uhr

Burgenland:

- Eisenstadt, Permyerstraße 2,
Bezirkssekretariat der SPÖ Tägl. 9 bis 12 Uhr

Kärnten:

- Klagenfurt, Bahnhofstraße 44,
II. Stock, Zimmer 1, ÖGB- und Tägl. außer Sa.
Arbeiterkammergebäude 10 bis 12 Uhr

Oberösterreich:

- Linz, Landstraße 36/1, Zimmer 3, Jeden 1. u. 3. Mi.
Hotel „Schiff“, Hoftrakt 16 bis 18 Uhr
S t e y r, Damberggasse 2, Jeden 1. Di.
Gasthof Gamsjäger 16 bis 17 Uhr

Salzburg:

- Salzburg, Arbeiterheim, Paris-
Lodron-Straße 21, II. Stock, Jeden Di. und Fr.
Zimmer 56 8 bis 10 Uhr

Steiermark:

- Graz, Südtiroler Platz 13, Jeden 1. Mittwoch
Zimmer 17 17 bis 19 Uhr
B r u c k a n d e r M u r,
Schillerstraße 22
K a p f e n b e r g, Volksheim Jeden 2. Mittwoch
(Zimmer 14), Wiener Straße 18 bis 19 Uhr

Redaktionsschluß

für die nächste Nummer: 20. Juli 1976